:antifaschistische nachrichten

Nr. 20

g 3336 13.10.2016 32. jahrg./issn 0945-3946 1,50 €

www.antifaschistische-nachrichten.de

AGMO in Auflösung

BONN. Die „AGMO e.V. – Gesellschaft zur Unterstützung der Deutschen in Schlesien, Ostbrandenburg, Pommern, Ost- und Westpreußen“ hat ihre Auflösung beschlossen. Auf einer außerordentlichen Mitgliederversammlung war festgestellt worden, dass die Spendeneingänge künftig nicht mehr ausreichen würden, die Kosten der Projektarbeit trotz deutlicher Kostenreduzierung für die Geschäftsstelle zu decken. Den größten Erfolg ihrer 35jährigen Tätigkeit sieht die AGMO darin, in einem Petitionsverfahren erreicht zu haben, dass die Bundesregierung sich in deutsch-polnischen Konsultationen für die Einrichtung deutscher und bilingualer Kindergärten und Schulen für die Kinder der deutschsprachigen Minderheit in Polen einsetzt.

hma ■

2. Pegida-Geburtstag

DRESDEN. Pegida-Organisator Lutz Bachmann hat die AfD-Chefin Frauke Petry offiziell zur Jubiläums-Kundgebung „Zwei Jahre Pegida“ am 17. Oktober 2016 um 18.30 Uhr auf dem Theaterplatz in Dresden eingeladen. Bachmann räumt in einem Video-Statement ein, in der Vergangenheit Fehler gemacht zu haben. „Ich denke aber, es ist Zeit, Fehler zu verzeihen und einen Neubeginn zu starten“, so Bachmann. Als mögliche Redner für den zweiten Pegida-Geburtstag nennt Bachmann in dem Video auch die AfD-Politiker Björn Höcke, André Poggenburg, Leif-Erik Holm und Alexander Gauland.

hma ■

IfS-Kongress in Schnellroda

SCHNELLRODA. Das neurechte „Institut für Staatspolitik“ führt am 5. und 6. November auf dem Rittergut Schnellroda seinen November-Kongress durch. Als Referenten angekündigt werden u.a. Dr. Marc Jongen, stellvertretender Sprecher der AfD in Baden-Württemberg, und der Dresdener Kommunalpolitiker Dr. Maximilian Krah. Jongen, der als einer der

Aus dem Inhalt:

Chronik, Eindrücke. Rück- und Ausblicke ab 4

Migrantencamp in Calais: Mauerbau, Abriss...? 11

Antifaschismus bleibt auf der Agenda

Bilanz und Ausblick zum Ende der Antifaschistischen Nachrichten

Von Ulla Jelpke

Volksfront
GEGEN REAKTION, FASCHISMUS UND KRIEG

ANTIFASCHISTISCHE NACHRICHTEN
JANUAR 1985

UNTERSTÜTZT DIE FORDERUNGEN DER POLITISCHEN GEFANGENEN!

Veranstaltung zum Heldenfriedhof

Gegen Aufrüstung und Faschismus am 20.1.

:antifaschistische nachrichten Nr. 19

g 3336 29.9.2016 32. jahrg./issn 0945-3946 1,50 €
www.antifaschistische-nachrichten.de

„KOPP-Kongress“ in Augsburg

ES REICHT!
Rechte Gewalt stoppen
2000 gegen rechte Gewalt in Dortmund

Es reicht! Nazi-Gewalt stoppen in Dortmund und anderswo

Neue Fraktion in Dormagen

Ausstellung eröffnet

Aus dem Inhalt:

Nach mehr als 30 Jahren stellen die Antifaschistischen Nachrichten (AN) ihr Erscheinen ein. Zuerst dienten die AN als Informationsorgan der Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg. 1993 wurden die AN dann auf eine neue Grundlage durch einen wesentlich erweiterten Herausgeberkreis gestellt. Diesem gehörten Aktive und Persönlichkeiten aus verschiedenen linken Spektren an, darunter der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA), der radikalen Linken, PDS und Grünen, Gewerkschaften und Friedensbewegung. Diese Neuausrichtung des Herausgeberkreises war eine Reaktion auf die geänderten Zeitumstände und Erfordernisse des antifaschistischen Kampfes nach dem Ende der DDR und der Wiedervereinigung. In der sächsischen Stadt Hoyerswerda kam es im September 1991 zum ersten fremdenfeindlichen Pogrom nach dem Ende des Faschismus. Unter dem Applaus von Anwohnern attackierten Neonazis zuerst ein Wohnheim von ausländischen Vertragsarbeitern und anschließend ein Flüchtlingsheim mit Steinen und Brandsätzen. Die Polizei blieb weitgehend untätig, nach mehrtägigen rassistischen Randalen wurden die Flüchtlinge und Migranten aus Hoyerswerda evakuiert. Der Nazimob feierte die „erste ausländerfreie Stadt“. Hoyerswerda wurde zum Auftakt für eine Welle rassistischer Gewalt mit Angriffen auf Flüchtlingsunterkünfte und von Migrantinnen und Migranten bewohnten Häusern. In Mölln und Solingen starben bei Brandanschlägen acht türkeistämmige Bewohnerinnen und Bewohner in ihren Häusern, Dutzende weitere wurden verletzt. Die bürgerliche Presse – insbesondere die Springerblätter – gossen weiter Öl ins Feuer. „Fast jede Minute ein neuer Asylant. Die Flut steigt – wann sinkt das Boot?“ hieß es am 23. Januar 1992 in Bild. Im August 1992 attackierten Neonazis in Rostock-Lichtenhagen unter dem Jubel eines mehrtausendköpfigen Mobs eine Aufnahmestelle für Asylsuchende und setzten anschließend ein Wohnheim für vietnamesische Arbeiter in Brand. Die Regierungskoalition aus Union und FDP erklärte darauf-

Fortsetzung Seite 2 unten

programmatisch profilierten Köpfe der AfD gilt, wird zum Thema „Leitkultur“ referieren. Krah, der unlängst aus der CDU ausgetreten ist und in einer Initiative dazu aufruft seinem Beispiel zu folgen, wird „über eine Reform der Parteiendemokratie“ referieren. Zu dem Kongress werden bis zu 150 Teilnehmer erwartet.

hma ■

„Compact“-Konferenz abgesagt

KÖLN. Nach der Aufkündigung des Mietvertrags durch die Kölner Satory-Säle hat die Zeitschrift „Compact“ ihre für den 29. Oktober geplante Konferenz für dieses Jahr abgesagt. „In der kurzen Zeitspanne wäre kein adäquater Ersatz zu finden“, so das Querfront-Blatt und bezeichnet die Absage als „Sieg für die Meinungsdiktatur“. Zugleich droht es mit einem Prozess mit Schadensersatz-Klage, da der entstandene Schaden „in fünfstelliger Höhe liegen dürfte“. Jürgen Elsässer sieht in der Absage einen „Beweis für die Strangulierung der Demokratie in dieser Bananenrepublik“ und kündigt eine „Ersatzveranstaltung“ an. Nun soll am 29. Oktober in den Satory-Sälen eine antirassistische Veranstaltung stattfinden.

hma ■

Wie viel Rechtsextremismus ist erträglich?

Der Fremdenhass gefährdet nach Überzeugung des Bielefelder Soziologen Andreas Zick den Frieden im Osten. Der Konfliktforscher verlangt ein Umdenken in der Politik. Fremdenfeindlichkeit werde in den neuen Bundesländern aus Imagegründen heruntergespielt und ignoriert.

Der Bielefelder Soziologe Andreas Zick sieht angesichts der starken Fremdenfeindlichkeit in Ostdeutschland den gesellschaftlichen Frieden in den östlichen Bundesländern in Gefahr. „Die Polarisation zwischen denen, die eine starke Zivilgesellschaft möchten, und jenen, die über die Abschottung der Nation Zusammenhalt suchen, ist enorm“, sagte Zick Neuen Presse. „Dialoge finden kaum noch statt.“

Der Konfliktforscher verlangte vor dem Hintergrund der Diskussion über die von der CSU geforderte Obergrenze für den Flüchtlingszuzug ein Umdenken: „Wir haben uns nie über eine Obergrenze dessen unterhalten, was an Extremismus erträglich ist.“ Politiker und Parteien hätten in den letzten Monaten geglaubt, der Populismus sei erfolgreich. „Sie sind ihm nachgelaufen und haben Law-and-Order-Parolen zum Thema Flucht geäußert, die sie nun einholen.“

„Bewusste Angriffe auf den Frieden“

In der Debatte werde außer Acht gelassen, „wie viele Menschen aufgrund ihrer Herkunft angegriffen und beleidigt werden, wie viele Asylunterkünfte angegriffen werden“, bemängelte Zick: „Das sind bewusste Angriffe auf den Frieden.“ Der Leiter des Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung an der Universität Bielefeld kritisierte, dass Fremdenfeindlichkeit in den neuen Bundesländern aus Imagegründen bis heute heruntergespielt und ignoriert werde.

Die Ostbeauftragte der Bundesregierung, Iris Gleicke, hatte am Mittwoch bei der Vorstellung des Jahresberichts zum Stand der Deutschen Einheit den Fremdenhass in den neuen Bundesländern beklagt. Der sozialen Frieden wie auch die Wirtschaft und insbesondere der Tourismus litten darunter.

Quelle: www.migazin.de 27.09.2016 ■

Fortsetzung von Seite 1

hin, der Bevölkerung fehle die Akzeptanz für den weiteren „unkontrollierten Zustrom“ von Ausländern. Eine ganz große Koalition aus den Regierungsparteien CDU/CSU und FDP sowie der SPD-Opposition beschloss am 26. März 1993 die faktische Abschaffung des Grundrechts auf Asyl. Eine damals noch starke Autonome Antifa stellte sich dem von Neonazis bis in die sogenannte Mitte der Gesellschaft reichenden rassistischen Konsens entgegen. Die Autonomen leisteten praktische Unterstützung für die Geflüchteten und kämpften auch militant gegen die rechten Schlägerbanden. Doch von Teilen der Autonomen vertretene sektiererische Losungen wie „Nie wieder Deutschland“, der Rückzug in die eigene Szene mit entsprechendem „Black Block“- Auftreten und eine nicht von allen Antifaschisten mitgetragene Militanz trugen zugleich zur teilweisen Selbstisolation dieser wichtigen antifaschistischen Strömung bei. Hier knüpften die Antifaschistischen Nachrichten mit dem Anspruch an, strömungsübergreifend die verschiedenen Spektren des Antifaschismus – von Autonomen über PDS und Grüne bis zu Gewerkschaften und Friedensbewegung zu informieren und damit zur Vernetzung beizutragen. Das Augenmerk war dabei nicht nur auf harte Nazistrukturen gerichtet sondern stets auch auf deren Anknüpfungspunkte ins bürgerliche Spektrum wie die revanchistischen Vertriebenenverbände, deutschnationale Burschenschaften aber auch den Stahlhelmflügel von Union und FDP. Auch die Situation der Geflüchteten und die staatliche Repression gegen die kurdische Befreiungsbewegung in Deutschland gehörten zu den Themen der AN.

Fast ein Vierteljahrhundert später sind wir erneut Zeugen einer deutschlandweiten Welle rassistischer Gewalt gegen Flüchtlinge während die Große Koalition Flüchtlingsrechte immer weiter demontiert. Unionspolitiker wie Bayerns Ministerpräsident Horst Seehofer fungieren als Stichwortgeber für eine rechte Opposition. Die islamfeindliche und rassistische Pegida-Bewegung wird von Teilen der Bevölkerung unterstützt. Mit der AfD ist eine zunehmend offen völkisch auftretende Partei rechts der Union mit zweistelligen Ergebnissen in zahlreiche Landtage eingezogen, ihr Einzug in den Bundestag gilt als wahrscheinlich.

Wenn die Antifaschistischen Nachrichten ausgerechnet in dieser Situation das Erscheinen einstellen, ist das keine Kapitulation vor dem erneuten Rechtsruck. Es ist vielmehr das Eingeständnis, das einerseits von antifaschistisch Aktiven die notwendigen Informationen über Strukturen und Entwicklungen innerhalb der extremen Rechten aber auch über den Widerstand dagegen heute vielfach effektiver auf anderen Wegen, insbesondere auch über das Internet und soziale Netzwerke, im Internet beschafft und verbreitet werden können. Zum anderen ist zwar die starke autonome Antifa der 1990er Jahre längst Geschichte, doch der Widerstand gegen Neofaschisten und rassistische Mobilmachung in Deutschland beschränkt sich heute nicht mehr nur auf einen kleinen Kreis der radikalen Linken. Blockaden breiter Bündnisse gegen Naziaufmärsche in Dresden, Dortmund und anderen Städten in den letzten Jahren haben dies gezeigt. Der rassistische Diskurs, der bis weit in die politische und gesellschaftliche Mitte hineinreicht hat jedoch ebenso an Boden gewonnen und die Notwendigkeit eines entschlossenen und radikalen Antifaschismus besteht heute mehr denn je. Deshalb ist es um so wichtiger, eine medial und gesellschaftlich noch wirksamere antifaschistische Arbeit mit neuen Mitteln zu entwickeln. Insofern stellt das Ende der AN keinen Schlusspunkt sondern den Beginn eines neuen Kampfabschnittes dar.

Ulla Jelpke ■

Die Shredder stehen nicht still

Und wieder wurden Akten vernichtet, die zur Aufklärung der NSU-Verbrechen beitragen könnten. Laut aktuellen Pressemeldungen hat das brandenburgische Justizministerium noch im vergangenen Jahr, also 2015, Unterlagen vernichtet, die sich mit dem V-Mann Carsten Szczepanski befassen.

Aus Sicht der Initiative „NSU Watch Brandenburg“ ist dieser Vorgang skandalös. Sprecherin Marie Schmidt kommentiert:

„Das Land Brandenburg hätte aller Wahrscheinlichkeit nach die Morde des NSU verhindern können. Das geschah nicht. Das ausgerechnet jetzt, immer noch und immer wieder, Akten vernichtet werden, ist ein Hohn für alle, die an Aufklärung der NSU-Verbrechen interessiert sind. Der Untersuchungsausschuss im Brandenburger Landtag muss solche unerhörten Vorgänge umgehend öffentlich und aufs schärfste verurteilen. Und er muss alles tun, auf die Behörden einzuwirken, endlich reinen Tisch zu machen.“

Die Erfolgsaussichten des Ausschusses würden schwinden, wenn auf die weiter gehende Aktenvernichtung nicht angemessen reagiert würde. Schmidt weiter:

„Die ohnehin zerstörte Glaubwürdigkeit des Brandenburger Behörden ist in Hinsicht auf die NSU-Verbrechen ohnehin kaum mehr reparabel. Um glaubwürdig zu bleiben, muss der Ausschuss nun reagieren.“

Laut den Presseberichten hatte der Untersuchungsausschuss in einem Beweisantrag um Auskunft beim Justizministerium über Daten zu Brandenburger Neonazis gefordert. Das Ministerium teilte dazu mit, dass wegen „Löschfristen“ Daten zu Carsten Szczepanski vernichtet worden seien und darum nicht mehr zur Verfügung stehen könnten. Das Ministerium verwies lapidar an den Bundestagsuntersuchungsausschuss, bei dem womöglich noch Akten in Kopie vorliegen könnten.

Schon längst hätte in Brandenburg, wie in anderen Bundesländern, ein Löschmoratorium erlassen werden müssen. Die Vernichtung von Akten, die den NSU betreffen muss umgehend gestoppt werden.

PM NSU Watch Brandenburg ■

Zschäpe spricht, der VS vschweigt

Die ersten drei Sitzungen des NSU-Untersuchungsausschusses nach der Sommerpause haben sich schwerpunktmäßig mit dem Bundesamt für Verfassungsschutz und seinen Kenntnissen zum NSU-Kerntrio befasst. Nachdem durch den Komplex um den BfV-V-Mann Ralf Marschner immer deutlicher geworden war, dass das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) eine Quelle in Zwickau in unmittelbarer Nähe zum Trio hatte, ging es um die Frage, ob und wie die Quellen des Bundesamtes zum abgetauchten Trio sensibilisiert wurden und welche Erkenntnisse des BfV es hier gegeben hat. Die schlichte Antwort aller Zeugen in den zumeist geheim eingestuften Sitzungsteilen lautet: keine!

Alle V-Mann Führer betonen, die Lichtbilder des Trios 1998 ihren Quellen vorgelegt, jedoch keinerlei positive Rückmeldung bekommen zu haben. In den Akten findet sich kein Wort zu möglichen Antworten oder Informationen der Quellen, was laut BfV-Mitarbeitern normal sei, da die Antworten eben negativ waren. Dass sich auch keine Antwort an das damals um Auskunft bittende LfV Thüringen findet, bleibt dennoch erklärungsbedürftig. Ebenso wenig finden sich in den Akten irgendwelche Hinweise darauf, dass die Auswertung im BfV die V-Mann Führer darum gebeten hat, die Quellen nach Infos zum Trio suchen zu lassen. Ganz offensichtlich wollte man eigene Quellen nicht der Gefahr der Enttarnung aussetzen, um „drei geflüchteten Bombenbauern“ hinterherzuspüren. Dass Marschner nach Zeugenaussagen möglicherweise Zschäpe und Mundlos in seinen Unternehmungen beschäftigt haben könnte oder dass die BfV Quelle „Tarif“ nach eigener Aussage 1998 eine Anfrage vom Trio bekommen nach Unterbringung, was dieser nach Rücksprache mit seinem V-Mann Führer aber abgelehnt haben will – all das perlt am Amt ab.

So war der ehemalige Verfassungsschutzmitarbeiter Lothar Lingen, der am 11.11.2011 im BfV die Vernichtung von V-Mann Akten aus dem Thüringer Umfeld des Trios angewiesen hatte, in der Sitzung am 29.10.2016 ein zentraler Zeuge für die Rolle des BfV. Neben Akten aus der „Operation Rennsteig“, die zur Durchleuchtung des Thüringer Heimatschutzes (dem auch das Trio entstammt) diente, wurden von Lingen auch die V-Mann Akten eben jenes „Tarif“ geschreddert, der in der militanten Naziszene unterwegs war und möglicherweise Kontakt zum Trio hatte. Während dem ersten NSU-Untersuchungsausschuss in der letzten Legislaturperiode weisgemacht werden sollte, Lingen habe die Akten aus der Angst heraus schreddern lassen, dass herauskomme, dass sie vorschriftsmäßig schon längst hätten gelöscht sein müssen, wurden die tatsächlichen Motive in dieser Sitzung deutlich. … Die Obfrau der LINKEN, Petra Pau, verlas seine Aussage beim GBA. Hier gab Lingen zu, die Akten gelöscht zu haben, damit kein Verdacht auf das BfV falle, dass man angesichts der zahlreichen Quellen rund um das Trio in Thüringen mehr zu Mundlos, Böhnhardt, Zschäpe und dem sie umgebenden Netzwerk gewusst haben musste. Sicherlich nicht zufällig bestand Lingen nachdrücklich auch auf der Löschung der Akte „Tarif“. Welche Brisanz sich hinter diesen Aktendeckeln verbarg, wollte der Zeuge in der Sitzung nicht offenbaren und auch die später in geheimer Sitzung vernommenen Mitarbeiter des BfV konnten oder wollten hierzu keine Angaben machen.

Die Vertreterin der Anklage gegen Beate Zschäpe und vier weitere Angeklagte, Oberstaatsanwältin beim Generalbundesanwalt (GBA), Anette Greger, war die erste Zeugin des Tages und wurde zu allen offenen Fragen im NSU-Komplex gefragt. Wie schon in den vergangenen Wochen spielten die bis heute teilweise ungeklärten DNA-Spuren bei der Befragung durch den Vorsitzenden eine zentrale Rolle. Trotz fehlender DNA-Spuren von Mundlos und Böhnhardt an auch nur einem der 27 Tatorte (Morde, Bombenanschläge, Banküberfälle) verteidigte Greger die Sichtweise und Anklage des GBA. Die Bewertung der vorhandenen Beweismittel und Indizien deute auf eine Täterschaft von Mundlos und Böhnhardt und es gäbe keinerlei belastbare Belege für weitere Täter oder Täterinnen.

Keineswegs wolle sie ausschließen, dass es weitere Täter oder Unterstützer vor Ort gegeben habe, jedoch seien alle in diese Richtung bisher geäußerten Vermutungen und Indizien nicht stichhaltig genug, um sie eindeutig Taten zuzuordnen. In knapp vier Stunden Vernehmung wurden von den Obleuten der Fraktionen diese Verdachtsmomente abgefragt. Vehement bestritten wurde von Frau Greger, dass die Bundesanwaltschaft Rücksichten bei den Ermittlungen auf mögliche Quellen der Verfassungsschutzbehörden aus der Naziszene nehmen würde. Dass die Ermittlungen vor allem darauf gerichtet seien, die einmal formulierte Anklage gegen ein fest abgeschlossenes Trio und wenige Unterstützer abzusichern, wurde ebenfalls von ihr bestritten. Man sei offen für andere Thesen, allerdings sei der Ansatz des GBA nicht darauf gerichtet, das Beziehungsgeflecht des Trios aufzuklären, um dann auf mögliche Mittäter oder -wisser zu schließen. …

Unbeantwortet blieb jedoch die Frage, wer die Aufklärung des den NSU umgebenden Netzwerkes denn leisten solle. Das auch von Frau Greger immer wieder angeführte Strukturermittlungsverfahren gegen Unbekannt stellt sich immer mehr als Zettelkasten von GBA und BKA heraus, in dem alle unklaren Spuren und „Zufälle“ abgelegt werden, die anscheinend niemals aufgeklärt werden.

Bericht Linksfraktion ■

Chronik und Eindrücke über das Erscheinen der Antifaschistischen Nachrichten

Diejenigen Leserinnen und Leser, die diese Chronik lesen, werden sehen, dass die Antifa-Nachrichten immer wieder sehr früh über das Erstarken des Rechtsextremismus und Rechtspopulismus berichtet haben. Wir haben 1985 begonnen, als Antifaschismus ein eher „linkes" Thema war. Das ist heute völlig anders. Viele Menschen engagieren sich gegen Rechts und gegen Rassismus. Dazu haben wir einen kleinen Beitrag geleistet.

Ulrike Bach, Jörg Detjen

Januar 1985: Die erste Ausgabe der Antifaschistischen Nachrichten erscheint. Das Heft „soll dazu beitragen, den Überblick über die Tätigkeit faschistischer Organisationen und der Zusammenarbeit zwischen Reaktion und Faschisten zu erleichtern." Vorrausgegangen war eine engere Zusammenarbeit zweier kommunistischer Gruppen im Rahmen der Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg.

Das zweite Heft enthält bereits 87 Meldungen über viele Aktivitäten vor Ort und wenige Artikel auf insgesamt 16 Seiten, das ist der Umfang, den wir bis 2016 beibehalten haben. Das Heft wird in einer kleinen Auflage fotokopiert.

Juni 1987: Im dritten Jahr ihres Erscheinens werden die AN auf Fotosatz umgestellt. Schönhuber und seine „Republikaner" werden immer stärker. Seit 1988 verstärken die AN die Kritik an den „Republikanern". Auch die Kritik an den Vertriebenenverbänden wird in der Zeitung geführt, unter dem Titel „Ostritt" gibt es dazu viele Jahre eine eigene Rubrik.

Januar 1989: Die DVU zieht in die Bremer Bürgerschaft ein und die „Republikaner" ziehen mit 7,5 % ins Westberliner Abgeordnetenhaus. Der Rechtsextremismus erstarkt weiter. Das Thema Entschädigung von Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern und die Kritik an der Repression gegenüber den Kurden findet im Heft seinen Widerhall.

Juli 1989: Die AN werden jetzt gedruckt und die Qualität verbessert.

November 1989: „Nie wieder Großdeutschland", „Nie wieder Faschismus und Krieg" titeln die Antifaschistischen Nachrichten.

Mai 1990 erscheint eine detaillierte Kritik am neuen REP-Programm als eigene Broschüre. Das Thema Sinti und Roma und die Kritik an der Türkei werden in den Heften immer wieder aufgegriffen. Das Thema Wahlrecht für Ausländer bekommt eine größere Bedeutung.

Februar 1991: Titel: Stoppt den Krieg am Golf. 200.000 demonstrieren in Bonn.

Dezember 1991: Seit zwei Jahren berichtet das Heft, das nun im Eigendruck

Antifaschistische Nachrichten 2

G3336D 18. Januar 1991 / 7. Jahrgang 1,60 DM

Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg, Zülpicherstr. 7, 5000 Köln 1

Aus dem Inhalt:
Seite 5: Gegen Fascho-Hools! — Aber wie?
Seite 7: NPD-Extra „Kein Krieg am Golf!"
Seite 10: PDS zur Asyl- und Ausländerpolitik

Neue faschistische Sammlungsbewegung?

Nach Wahldebakel neue Einigungsversuche der Rechten

Die Stimmung in der faschistischen, nationalistischen und rechtsradikalen Ecke Deutschlands ist getrübt. Das Wahlergebnis vom Dezember wird eindeutig als Niederlage behandelt. Die „Deutsche Rundschau", Zeitung der Schönhuber-Abtrünnigen schreibt in der Dezember-Ausgabe: „In historischer Stunde ist eine historische Chance vertan worden. Das Kernvolk in der Mitte Europas hat gewählt, aber die deutschen Nationalen sind nicht mit von der Partie. Die Ironie der Geschichte könnte nicht größer sein: Jahrzehntelang haben sich deutsche Patrioten für die Einheit des Vaterlandes eingesetzt, haben sich von den Feinden unseres Volkes dafür bespeien und von den Schönrednern eines erbärmlichen ‚Status quo' belächeln lassen müssen, um bei den ersten Wahlen im Regen zu stehen."

Im Regen steht offensichtlich auch die NPD. In der Januar-Ausgabe ihrer (jetzt stark verringerten, auf 12-A3-Seiten erscheinenden) Zeitung „Deutsche Stimme" heißt es: „Wir würden die Augen vor den Realitäten verschließen, wenn wir Mitgliedern und Freunden jetzt nicht sagen würden, daß der Wahlausgang die NPD in eine *existenzbedrohende Krise* (Hervorheb. im Original) gebracht hat. Im Wahlgebiet West, das entscheidend war, wurde die Kostenerstattungsgrenze um 0,1 (!) Prozent verfehlt."

Die „Deutsche Stimme" bittet um Spenden („Notopfer", 200 DM pro Mitglied), berichtet vom Rücktritt des Parteivorsitzenden Martin Mußgnug. Bestimmendes Thema der Januar-Ausgabe ist jedoch die Polemik über „Sinn und Unsinn ‚rechter' Sammlungsbewegungen", das in Artikeln und Kommentaren behandelt wird. Dabei geht die NPD eindeutig auf Distanz zu solchen Projekten, empfiehlt die Stärkung der NPD als wesentliche Voraussetzung für die Stärkung des „Lagers" und polemisiert gegen das „Sammelbecken einiger Funktionäre". Die NPD hat das auch sehr nötig, sind doch bei einem großen Sammlungsprojekt, der „Deutschen Allianz — Vereinigte Rechte" nicht eben wenig NPDler dabei. Dieses Projekt, besonders vorangetrieben von den Schönhuber-Abtrünnigen um die Zeitung „Deutsche Rundschau" will am 19. Januar, am Tag nach dem 120. Jahrestag der „Reichsgründung" von 1871 in München mit einer Großveranstaltung an die Öffentlichkeit treten. Aufrufer Unterzeichner für die Aktion „Deutsche Allianz" sind interessanterweise auch der gerade zurückgetretene Chef der NPD Martin Mußgnug, Ex-Republikaner und Europaparlamentsabgeordneter Harald Neubauer, viele Kommunalpolitiker, die aus den Republikanern kommen, weitere NPDler und Vertreter aus lokalen und regionalen Zusammenschlüssen des faschistisch-rechtsextremistischen Lagers. Auch Leute aus der DSU sind dabei.

Während die neue NPD-Führung verstärkt versucht, den eigenen Laden zu retten und die Bildung der „Deutschen Allianz" in ihrem Blättchen als zusätzliche Zersplitterung bewertet („Das Ergebnis kann nur sein, daß sich die ‚rechte' Parteienlandschaft um eine Gruppierung vermehrt"), zeigen sich örtlich und regional viele Initiativen, die neue Zusammenschlüsse wollen. Der Sozialdemokratische Pressedienst "blick nach rechts" schreibt dazu im Januar: "Auch in vielen Städten schrumpfen die „Republikaner"-Fraktionen zusammen. Die Kölner Stadtparlamentarier engagieren sich fast alle für die neue Formation, und auch in Aachen denkt man über einen Auflösungsparteitag der Kreispartei nach.

An der neuen Partei wird schon seit Monaten gebastelt. In Bremen diskutierten Funktionäre von NPD und „Republikanern" schon im Juli über konkrete Maßnahmen. Seit Herbst brütet man im oberfränkischen Staffelstein bei Vierzehnheiligen über einer neuen Sammlung, und ein Dachverband Deutsche Interessen aus fünfzehn Gruppierungen der Alt-Bundesrepublik und der neuen Bundesländer konstituierte sich im nordrhein-westfälischen Bünde. Daran ist auch die Journalistin und Europaabgeordnete Johanna Grund beteiligt. Und in Regensburg hat der Industriekaufmann Reiner Born einen Arbeitskreis Oberpfalz Patriotische Initiative (AKOPI) auf die Beine gestellt. Bei diesen Initiativen handelt es sich nicht um Konkurrenzunternehmen, sondern um parallel verlaufende Bemühungen um die vereinigte Rechte."(blick nach rechts, 7.1.91)

DEUTSCHE RUNDSCHAU

Ein neues Programm für eine neue Zeit:

Deutsche Allianz

Ja, auch ich bin für

Die „Deutsche Rundschau" als Nachfolge der Parteizeitung der Republikaner entwickelt sich zum zentralen Organ zur Formierung einer neuen faschistischen Partei.

Antifaschistische Nachrichten 24

G 3336 D 20. November 1992 / 8. Jahrgang 1,60 DM

Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg, Zülpicherstr. 7, 5000 Köln 1

Schlappe für die Reaktion, deshalb Hetze gegen Autonome

Die Demonstration am 8. November in Berlin, veranstaltet von den Parteien im Berliner Abgeordnetenhaus unter der Schirmherrschaft von Weizsäcker, hat für sie mit einem Fiasko geendet. Einige Eierwürfe auf den Bundespräsidenten zerstörten die erhoffte Harmonie auf der Abschlußkundgebung. Dies ist allerdings nur die Spitze des Eisbergs: Denn die gesamte Demonstration war dominiert von Plakaten und Transparenten gegen die Beseitigung des Art. 16 des Grundgesetzes und den staatlich geschürten und geförderten Rassismus. Dies können sich die Veranstalter natürlich nicht eingestehen. Eine solche Einschätzung ist nur von Schäuble kurzzeitig verbreitet worden.

Unter diesen Voraussetzungen mußten der Weltöffentlichkeit einige Propagandalügen aufgetischt werden. Eine davon ist, daß auf den Bundespräsidenten mit Steinen geworfen worden sei. Selbst im Polizeibericht vom Montag war davon dann nicht mehr die Rede. Diese Lüge diente dazu, den „Pöbel der Straße" (Kohl) als skrupellose Kriminelle darzustellen.

Eine weitere Propagandalüge ist, daß die Polizeiführung von der Situation überrascht gewesen sei. Schon auf den beiden Demonstrationszügen gab es mehrere Polizeieinsätze, um unfriedliche Transparente zu beschlagnahmen. Um ca. 14.30 Uhr, also 30 Minuten vor Kundgebungsbeginn, versuchte ein Greiftrupp der Polizei von der Tribüne im Lustgarten aus ein Transparent niederzureißen. Die eingesetzten Beamten,

Fortsetzung S. 2

Weit über 100000 Menschen demonstrierten am Samstag, den 14. November in Bonn gegen jede Änderung des Grundrechts auf Asyl. Auf zahlreichen Transparenten wurde der Bundesregierung Heuchelei vorgeworfen und die SPD vor einem „Rechtsruck" gewarnt. Der Leitantrag für den anstehenden Sonderparteitag sei der „Einstieg zum Ausstieg aus dem Menschenrecht auf Asyl", so der Sprecher von Pro Asyl auf der Kundgebung. — [a.b.]

Hungerstreik kurdischer Abgeordneter

Am 12. November haben 18 kurdische Abgeordnete der HEP-Partei eine Erklärung veröffentlicht, daß sie aus Protest gegen die anhaltenden Kurdenmassaker der türkischen Regierung und der türkischen Militärs ihren zuvor im Parlament begonnenen Hungerstreik nun unbefristet in der Zentrale der HEP-Partei fortsetzen wollen. Es wird damit gerechnet, daß dieser Hungerstreik in den kurdischen Gebieten durch massenhafte öffentliche Hungerstreiks unterstützt wird. In der Erklärung der Abgeordneten heißt es: . . . Die Regierungsparteien, die in der Türkei an die Macht kamen, waren und sind seit 70 Jahren die treuen und gnadenlosen Wächter der offiziellen Ideologie (Staatspolitik) gewesen. In dieser Zeit wurde die Kurden-Frage durch Assimilation, Unterdrükkung, jegliche Art von Leugnung und durch eine falsche und unzeitgemäße Staatspolitik bis in die Gegenwart fortgesetzt. Die Existenz des kurdischen Volkes wurde geleugnet. Die kurdische Sprache wurde verboten. Alle, die in der Türkei lebten, wurden als „Türken" bezeichnet . . . Als Abgeordnete, die durch Wahlen gewählt wurden, können wir vielfach in unseren Reden und am Rednerpult unsere Gedanken nicht frei zum Ausdruck bringen. Nur weil wir einmal unsere Gedanken ausgesprochen haben, weil ein Freund in kurdisch auf die Freundschaft des türkischen und kurdischen Volkes einen Eid abgelegt hat, wird von der Oberstaatsanwaltschaft beim Staatssicherheitsgericht für 22 Abgeordnete unserer Partei die Todesstrafe gefordert . . . Aus diesem Grund setzen wir 18 Abgeordnete der Partei der Arbeit des Volkes unseren unbefristeten Hungerstreik, den wir im Parlament, das wir als den Ort der Lösung der Probleme begriffen hatten, begonnen haben, nun in der Hauptzentrale unserer Partei fort.

— Wir rufen alle Demokraten, die so schnell wie möglich eine Lösung wollen, und alle Menschen und Institutionen, die ein Gewissen und Überzeugung besitzen, zur Solidarität und Unterstützung auf. — (Abgeordnete der HEP)

Aus dem Inhalt:

Mit dem Staat gegen den Faschismus? . . . 7
Gruppe „Störkraft" auf Index . . . 8
Konzert verboten . . . 10
HBV-Gewerkschaftstag gegen Grundgesetzänderungen . . . 16

mit zweifarbigem, blauem Titel erscheint, immer wieder über gewalttätige Anschläge und Überfälle von Rechtsextremisten. Die Zusammenarbeit mit der VVN-BdA wird enger. In der Ausgabe 13/1992 dokumentiert das Heft einen VVN-BdA NRW Beschluss: „Antifaschismus als kommunale Aufgabe“.

August 1992: Pogrome in Rostock-Lichtenhagen und Mölln. 100 000 demonstrieren im November gegen die Verschärfung des Asylrechtes, 100 000 gegen Rassismus und Neofaschismus in Köln beim Arsch huh-Konzert.

Februar 1993: Neuer breiterer Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten. Neue Rubrik: Aus der faschistischen Presse. In den folgenden Jahren steigt die Auflage auf ca. 900 Stück pro Ausgabe.

Juni 1993: Anschlag in Solingen

Februar 1994: Jahrestagung der Antifaschistischen Nachrichten in Leipzig, um die Kontakte zu den neuen Bundesländern zu erweitern. Eine solche Jahrestagung zu einem aktuellen Thema findet dann bis 2016 jedes Jahr statt, zumeist in Köln.

Bis heute schreibt Bernard Schmid regelmäßig aus Paris und bereichert das Heft damit ungemein.

März 1996: Das Layout der Antifa-Nachrichten wird verbessert.

November 1997: Jahrestagung der Antifa-Nachrichten u.a. mit der Bundestagsabgeordneten Ulla Jelpke zum Thema „Europäische Innenpolitik“.

April 1999: Titel: NEIN zum Nato-Angriff auf Jugoslawien.

In Köln wird ein Nazi-Aufmarsch mattgesetzt. 3000 Gegendemonstranten blockieren stundenlang erfolgreich. Der Vorgang findet in der Szene bundesweite Beachtung.

Juni 2000: Titel: „Brutaler Naziüberfall in Dessau. Mozambikaner erlag seinen Verletzungen.“ Unterstützung der Kampagne für ein Verbot der NPD.

Januar 2001: Ausführlicher Bericht über die jährlichen Anfragen der damaligen PDS-Abgeordneten Ulla Jelpke über Straftaten Rechtsextremer. Bundesinnenminister vertuscht die Vorgänge.

Mai 2001: Die Antifa-Nachrichten berichten über viele Jahre immer wieder über die Konflikte bei der Entschädigung der ZwangsarbeiterInnen und die Bildung des Entschädigungsfonds.

Ende 2001: Die Schill-Partei zieht in die Hamburger Bürgerschaft ein und stellt den Innensenator. Rechtspopulismus wird hoffähig gemacht.

Dezember 2001: Neue Internetseite: www.antifaschistische-nachrichten.de

Februar 2002: Das NPD-Verbotsverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht platzt. Das Gericht beanstandet den Einsatz von V-Leuten auf Führungsebenen, es sei nicht klar, wem Taten zuzurechnen seien, das würde zu einem falschen Bild führen.

April 2002: Die Antifa-Nachrichten titeln: „Jean-Marie Le Pen in der Stichwahl“. Zum ersten Mal kandidiert Le Pen zu den französischen Präsidentschaftswahlen und erhält 17,8 %.

Juni 2002: Titel: „Antifaschisten warnen vor einem neuen Antisemitismus“

Antifaschistische Nachrichten 11

G 3336 D 29.5.1997/13. Jahrg./ISSN 0945-3946 2,00 DM

Deutschlandtreffen der Ostpreußen

„Republikaner“-Kundgebung in Berlin

NPD tagte wieder in Essen

Friedhof geschändet

Aus dem Inhalt:

Antifaschistische Nachrichten 7

G 3336 D 1.4.1999/15. Jahrg./ISSN 0945-3946 2,50 DM

NEIN zum NATO-Angriff auf Jugoslawien

Luftangriffe sofort beenden!

Aus dem Inhalt:

November 2002: „Verwendung von ‚Ruhm und Ehre der Waffen-SS' bald strafbar?" fragen die Antifa-Nachrichten. Es wird später tatsächlich unter Strafe gestellt.

Januar 2003: 70. Jahrestag der Machtübertragung an Hitler. Ausführliche Berichterstattung über die vielen Aktivitäten dazu.

Februar 2003: 500 000 Menschen demonstrieren in Berlin gegen den Irak-Krieg.

August 2003: Das Bundesverfassungsgericht ermöglicht einen Aufmarsch von 2600 Rechten in Wunsiedel zum Gedenken an den Hitlerstellvertreter Heß.

März 2004: „Kopftuch-Verbotsgesetz definitiv verabschiedet" berichten die Antifa-Nachrichten aus Frankreich und über das weitere Erstarken von Le Pen.

August 2004: Titel: „Verfassungsschutzagent lieferte Nazis Anschlagsziele"

Dezember 2004: Jetzt schon seit einigen Jahren setzen sich die Antifa-Nachrichten immer wieder mit der extrem rechten Zeitung „Junge Freiheit" auseinander.

September 2005: Bundestagswahlen. Titel: „Hartz IV-Parteien ohne Mehrheit – Linkspartei mit starker Fraktion im Bundestag – NPD sichert sich mit 1,6 % Wahlkampfkostenerstattung.

Februar 2007: Neue Kampagne der VVN-BdA zum „NPD-Verbot jetzt!"

Juni 2007: „pro Köln" scheitert mit einem Bürgerbegehren gegen den Bau einer Moschee in Köln nach jahrelangen Hasstiraden.

September 2007: Der GNN Verlag zieht in Köln um und hat jetzt bessere Räumlichkeiten.

Dezember 2007: Titel: „Verhallen mehr als 175 000 Stimmen zum NPD-Verbot ungehört?"

Januar 2008: Der „Zug der Erinnerung", eine Ausstellung in Eisenbahnwaggons über die Deportationen der Reichsbahn in der NS-Zeit, stößt bundesweit auf großes Interesse.

Februar 2008: Jahrestagung der Antifa-Nachrichten zum Thema: „Politische Strategien gegen die extreme Rechte in Parlamenten".

September 2008: 50 000 Kölnerinnen und Köln verhindern die Durchführung eines Anti-Islam-Kongresses.

Oktober 2008: Titel: „Österreich – Extreme Rechte fast 30 Prozent."

Januar 2009: 25 Jahre Antifa-Nachrichten wieder mit einem Register nach Themen, Organisationen und Personen.

Juni 2009: Europawahl: „Europas Rechtsparteien auf dem Vormarsch." Extreme Rechte bilden erste Fraktion im Europaparlament.

Februar 2011: Seit Jahren demonstrieren Nazis immer wieder am Jahrestag der Bombardierung Dresdens im 2. Weltkrieg. Aber auch die Protestaktionen dagegen nehmen zu.

Mai 2011: Neuer Internetauftritt der Antifa-Nachrichten. Die Zugriffe auf die Seite sind hoch, die Zeitung wird als pdf zum Download zur Verfügung gestellt, aber auch die einzelnen Texte stehen im Netz. Zunehmend Berichte über die Fluchtbewegung aus Afrika über Lampedusa nach Europa von unserem Redakteur aus Paris.

Juli 2011: Der norwegische Rechtsextremist Anders Breivik bringt 77 Menschen um.

:antifaschistische nachrichten Nr. 5

g 3336 27.2.2003 19. Jahrg./ISSN 0945-3946 1,30 €
www.antifaschistische-nachrichten.de

REP und Schill-Partei erfolglos

NO WAR!

500.000 in Berlin, Millionen Menschen weltweit auf der Straße ...

„Der Krieg gegen Irak kann verhindert werden!" So heißt es in der Abschlusserklärung des Trägerkreises der Großdemonstration am 15.2.2003 in Berlin, an der mehr als 500000 Menschen teilgenommen haben. Die Erklärung wurde gegen Ende der Kundgebung in gekürzter Fassung vorgetragen. Wir dokumentieren die Erklärung sowie die Rede der Politikwissenschaftlerin Sumaya Farhat-Naser und die Rolf Beckers, Schauspieler und aktiver Gewerkschafter aus Hamburg, einer der wenigen Redner, der sich auch kritisch mit der Bundesregierung auseinandersetzte und an ihre Rolle im Jugoslawienkrieg erinnerte. Weitere Reden unter: www.friedensratschlag.de

Millionen von Menschen sind heute in Europa und weltweit auf die Straße gegangen, um gegen den drohenden Irakkrieg zu protestieren. Von London bis Lissabon, von Paris bis Prag, von Warschau bis Wien, Von Sydney bis San Francisco, von Brüssel bis Berlin haben die Menschen deutlich gemacht, dass sie keinen Krieg wollen – weder im Irak noch anderswo.

Krieg ist immer ein Verbrechen an der Menschheit und eine Niederlage der Menschlichkeit. Der Krieg gegen Irak wird Tausenden von Menschen das Leben kosten, Abertausende von Existenzen zerstören und die Lebens- und Umweltbedingungen der ohnehin unter dem Embargo notleidenden Bevölkerung nachhaltig verwüsten. Der ganzen Region droht ein Chaos gewaltiger Ausmaße.

Dieser Krieg stellt einen schweren Verstoß gegen das Völkerrecht dar und ist unter keinen Umständen zu rechtfertigen. Die Begründungen der USA für diesen Krieg sind vorgeschoben. Es geht nicht um die Massenvernichtungswaffen des Irak, nicht um Demokratie oder Menschenrechte, auch nicht um den sog. Kampf gegen den internationalen Terrorismus. Vielmehr soll mit dem Feldzug gegen Irak der anglo-amerikanische Anspruch auf die Kontrolle der Ölreserven der Golf-Region durchgesetzt werden. Gleichzeitig wird mit dem Krieg eine neue Ära eingeläutet, in der die USA sich das Recht herausnehmen wollen, vorgreifende ‚präventive' Kriege gegen jeden beliebigen Staat zu führen, wenn es ihren globalen Machtanmassen dient.

Dazu sagen wir „Nein" und wissen uns darin eins mit der US-amerikanischen Friedensbewegung, die mit ihrem Protest gegen den Kriegskurs der Bush-Administration ein hoffnungsvolles Zeichen setzt.

Wir begrüßen die jüngste Initiative der deutschen, französischen, russischen und chinesischen Regierung, die Zahl der UN-Waffeninspekteuren aufzustocken und ihnen mehr Zeit zu geben. Wir sagen auch entschieden Nein zu einer deutschen Beteiligung am Krieg. Wir unterstützen den Antikriegskurs der Bundesregierung. Dieser Haltung müssen jetzt aber konkrete Taten folgen.

Fortsetzung S. 8

Aus dem Inhalt:
Erb- oder Richtungsstreit beim FN? ... 7
Vor 60 Jahren – Geschwister Scholl verhaftet ... 11

:antifaschistische nachrichten Nr. 22

g 3336 1.11.2007 23. Jahrg./ISSN 0945-3946 1,30 €
www.antifaschistische-nachrichten.de

SPD-Parteitag fordert Verbot der NPD

Erfolgreiche Kundgebung gegen die NPD

Am Nachmittag des 26. Oktober 2007 beteiligten sich über 1.000 Hamburgerinnen und Hamburger an einer Kundgebung des „Hamburger Bündnis gegen Rechts" (HBgR) gegen die neofaschistische NPD.

NO NPD NATION STOP FASCISM

Inhalt:
vor.ab Bundeskongress: Kampf gegen Rechtsextremismus – wichtiges Anliegen ... 7
Frankreichs Neues Einwanderungsgesetz verabschiedet ... 14

November 2011: Der gesamte Terror der NSU in den letzten 13 Jahren wird bekannt. Ungeheuerlich, was dann in den nächsten Monaten bekannt wird. Das Heft verfolgt die Entwicklung genau.

Januar 2012: Offener Brief des Auschwitz-Komitees an die Regierenden.

Juli 2012: Titel: „Schreddern, Leugnen, Lügen? Untersuchungsausschuss bringt immer neue Ermittlungen ans Licht".

Anfang 2013: Gründung der AfD. Bei der Bundestagswahl erhalten sie aus dem Stand 4,7 % und verpassen den Einzug in den Bundestag knapp.

April 2013: Jahrestagung der Antifa-Nachrichten zum Thema „NSU-Morde – blinder Staat – deutsche Zustände" mit Petra Pau.

Mai 2013: Der NSU-Prozess beginnt in München. Tausende demonstrieren.

Mai 2014: Bei den Europawahlen ziehen 145 rechtslastige Abgeordnete ins Parlament. Die AfD erhält 7,1 % und 7 Sitze. Sogar die NPD, gegen die erneut ein Verbotsverfahren läuft, bekommt einen Sitz.

Oktober 2014: In Dresden beginnen die wöchentlichen Demonstrationen von Pegida mit klaren rassistischen Motiven, oft bis zu 10 000 Anhängern. 3000 Hoge-Sa-Anhänger randalieren in Köln und bedrohen Menschen.

Ende 2014: Der IS trägt seinen Terror nach Europa … das führt zum weiteren Erstarken extrem rechter Kräfte.

Mai 2015: Titel: „Rechtsruck in der AfD – Lucke verliert seine Basis"

Juli 2015: Artikel: „150 Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte im ersten Halbjahr 2015".

August 2015: Interview mit Petra Pau, MdB über die aktuelle Lage in der Flüchtlingspolitik.

Dezember 2015: Titel: „Knapp 28 Prozent für den FN. Die extreme Rechte wird stärkste Partei und könnte unter Umständen Regionalregierungen übernehmen."

Februar 2016: Titel: „Asylpaket II noch weiter verschärft."

März 2016: Dramatische Wahlsiege der AfD bei den Landtagswahlen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt.

April 2016: Der Herausgabekreis der Antifa-Nachrichten beschließt das Einstellen des Heftes zum Ende des Jahres. Die alten Ausgaben werden weiterhin auf der Internetplattform zugänglich sein.

Oktober 2016: Das letzte Heft erscheint am 13.10.2016.

Redaktion und Verlag sagen Danke allen unseren Leserinnen und Lesern! Und ein großer Dank geht an all die Autorinnen und Autoren und vielen antifaschistischen Gruppen, die das Heft durch ihre Beiträge über viele Jahre bereichert haben.

Die letzte Ausgabe :-(

Die letzte Ausgabe zu produzieren fällt nicht leicht. Ein kleiner Trost ist uns, dass Minuskel Partner, die uns den Platz im Internet, die Einrichtung der Internetseite und ihre Hilfsbereitschaft bei Fragen aller Art mit großer Selbstverständlichkeit zur Verfügung gestellt haben die Seite weiterhin im Netz offen halten werden. So bleibt ein allen Interessierten zugängliches Archiv der AN im Netz bestehen: http://www.antifaschistische-nachrichten.de/
See you on the barricades!
Die Redaktion

:antifaschistische nachrichten Nr. 3

g 3336 10.2.2011 27. Jahrg./ISSN 0945-3946 1,50 €

www.antifaschistische-nachrichten.de

Bundestagsabgeordnete rufen zur Anti-Nazi-Demonstration in Dresden auf

Aktionstag gegen Extremismuserklärung

:antifaschistische nachrichten Nr. 17

g 3336 1.9.2016 32. Jahrg./ISSN 0945-3946 1,50 €

www.antifaschistische-nachrichten.de

17. Sommerakademie des IfS

Invasion der Türkei und ihrer Söldner in Syrien – Demokratische Föderation Rojava ist in Gefahr!

BJO-Seminar in Bad Honnef

Festakt zum „Tag der Heimat"

31 Jahrgänge antifaschistische nachrichten:

Ein Beitrag im Kampf gegen Rechts, gegen soziale und politische Spaltung und Krieg – in neuen Formen die Arbeit fortsetzen!

Im 31. Jahrgang müssen HerausgeberInnen, Redaktion und Verlag das Erscheinen der Antifaschistischen Nachrichten mit großem Bedauern einstellen. Damit verbunden wird auch der Förderverein Antifaschistische Nachrichten – die Arbeitsgemeinschaft gegen Reaktion, Faschismus und Krieg – ihre Arbeit beenden. Die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft haben lange Jahre mit mehreren tausend Euro pro Jahr das Erscheinen der Antifaschistischen Nachrichten zusätzlich zu den laufenden Spenden abgesichert.

Die leider unumgängliche Einstellung der Antifaschistischen Nachrichten zeigt auch, dass der GNN-Verlag in der Herausgabe und im regelmäßigen 14tägliche Erscheinen für weit mehr stand als nur für die verlagsmäßigen Standardaufgaben. Ohne den laufenden Arbeitseinsatz und das enorme politische Engagement der MitarbeiterInnen des Verlages wären über 30 Jahre antifaschistische Nachrichten nicht möglich gewesen. Wenn die weitere Herausgabe in dieser Form nicht mehr möglich ist, dann ließe sich das Projekt aber auch nicht etwa durch Verlagswechsel fortsetzen.

„Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen“ heißt es im Impressum der Antifaschistischen Nachrichten. Die Arbeit der mit antifaschistischen Bündnissen und dem Kampf gegen Rechts vor Ort und in den Regionen vernetzten AutorInnen ist das Fundament antifaschistischer Nachrichten. Es lebt von der Verbindung zwischen persönlichen Beiträgen und Nachrichten und den LeserInnen, NutzerInnen, AnwenderInnen und insofern MultiplikatorInnen der antifaschistischen Nachrichten, der Diskurse und Diskussionen. Ihre Zahl rechnete nicht in Tausenden aber immerhin in einigen Hunderten und das will auch schon was heißen in Zeiten wie diesen.

Dass sich überhaupt aus dem Kontext der Mitgliederzeitschrift einer linken Organisation, die sich im „K-Gruppen-Milieu“ der End-70er Jahre als antifaschistische Wahlpartei gegen Rechts und gegen die Kanzlerkandidatur von Strauß im Jahre 1980 gebildet hatte („Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg, für Freiheit und Demokratie, Wohlstand und Frieden“, s. Wikipedia) die antifaschistischen Nachrichten mit dann immerhin 31 Jahren Erscheinen gebildet haben, ist allein schon beachtenswert. Als Wahlpartei spielte diese Organisation nie eine Rolle. Aber: drei dabei bereits damals anklingende Grundgedanken sind heute wichtiger denn je: Antifaschismus und Kampf gegen Rechts bedeutet Bündnis, Verbindung und Austausch aller gegen Rechts mobilisierbaren gesellschaftlichen Kräfte, Antifaschismus und Kampf gegen Rechts braucht positive solidarische Ziele der gesellschaftlichen Entwicklung und: der Blick und Bezug auf die Geschichte kann Hinweise geben, aus denen wir lernen können, im Positiven wie auch im Negativen.

:antifaschistische nachrichten Nr. 17

www.antifaschistische-nachrichten.de

Bad Nauheim wehrt sich!

Widerstand gegen Naziaufmärsche ungebrochen!

Wir sind uns sicher, dass alle – in welcher Art auch immer – am Projekt antifaschistische Nachrichten Beteiligten, in neuen Organisations-, Publikationsformen und Vernetzungen, die heute in ganz anderem Maße als in den 80er Jahren gegeben sind, diese Arbeit in neuen Formen fortsetzen.

Christoph Cornides, Herbert Beyerlein, Vorstand Förderverein Antifaschistische Nachrichten, Arbeitsgemeinschaft gegen Reaktion, Faschismus und Krieg ■

Feindbeobachtung

Die Beobachtung und Kritik der extrem rechten Zeitschriftenlandschaft war eine regelmäßige Rubrik in den Antifaschistischen Nachrichten. So ließen sich die Bündnislinien der extremen Rechten im Kampf gegen die EU und Europa und die Nato erkennen und die Bemühungen der bundesdeutschen Rechten, Kooperationen mit der neuen Rechten in Frankreich und Österreich zu entwickeln. Die Junge Freiheit ist ein Blatt, das die Entwicklung nationalistischer, ausländerfeindlicher Parteien mit befördert hat – zunächst die Entwicklung der Republikaner und schließlich in den letzten Jahren die Entwicklung der AfD. Schon in den 90er Jahren zeichnete sich die Entwicklung einer strikten Islamphobie ab, die den muslimischen Glauben zum Anlass nahm, ganze Bevölkerungsgruppen auszugrenzen und als nicht zugehörig zu beschimpfen und zu verfolgen. Das Lesen dieser Presse macht keine Freude, zwingt aber zur Befassung mit den nationalistischen, ausländerfeindlichen und demokratiefeindlichen Argumenten. Es wäre schön, wenn andere die Idee aufgreifen und auf die eine oder andere Weise diese Rubrik fortführen.

ud ■

:antifaschistische nachrichten Nr. 24

g 3336 21.11.2002 18. jahrg./issn 0945-3946 1,30 €

München: Wieder Nazikundgebung

Verwendung von „Ruhm und Ehre der Waffen-SS“ bald strafbar?

Beschwerde der Staatsanwaltschaft Karlsruhe erfolgreich

Immer wieder bei Naziaufmärschen zu sehen – zuletzt im Oktober in München

Aus dem Inhalt:

Ermittlungen gegen NS-Verbrecher aus der Gebirgstruppe aufgenommen 7

Flüchtlingspolitik im Landkreis Waldshut 12

Innenminister Schönbohm gibt der Jungen Freiheit ein Interview 15/16

Dagegenhalten und vernetzen

Seit den 70er Jahren engagiere ich mich gegen Faschismus und Fremdenfeindlichkeit.

Eines meiner Anliegen im Kampf gegen Faschismus und Fremdenfeindlichkeit war immer eine gute Vernetzung der Akteure, um gegen diese Auffassungen, Aktionen und „Schmierereien in ihren Publikationen“ gegenzuhalten. Dazu sind, jetzt leider waren, die :antifaschistischen nachrichten die passende Plattform. Von daher habe ich mich seit Bestehen der AN in den 80er Jahren, zunächst im Rahmen der Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg, dann ab 1993 in den :antifaschistischen nachrichten an der Berichterstattung beteiligt. Mein Schwerpunkt dabei war :flucht und migration.

Bei Durchsicht des Archivs ab 2002 zu den Themen Flüchtlinge – Asyl – Migration ist nochmal offensichtlich geworden, wie notwendig die Berichterstattung zu diesem Themenkomplex war und ist. Die gravierenden Änderungen und Verschärfungen der Gesetze in diesem Bereich sind über die Jahre dokumentiert und nachzuverfolgen. Das Thema „Flucht und Asyl“ ist seit letztem Jahr so stark im Mittelpunkt wie seit langem nicht mehr und die :antifaschistische nachrichten haben dazu beigetragen den Widerstand dagegen zu dokumentiert und aufzuzeigen, dass er über all die Jahre stark vorhanden war und praktiziert wird.

Für mich haben die :antifaschistischen nachrichten immer die Vielseitigkeit der Proteste, in welcher Form sie auch stattgefunden haben, aufgezeigt. Und das quer durch die Republik, also eine gute Übersicht von Norden nach Süden und Westen nach Osten. Die Berichterstattung hat abgebildet, wie vielfältig die Proteste waren und dass sie auch im „hintersten“ Winkel der Bundesländer stattgefunden haben. Dies zeigten die Meldungen der Akteure aus ihren Dörfern, Gemeinden, Städten. Aus Elmshorn/Itzehoe, Bottrop, Berlin, Kiel, Köln, Hagen/Lüdenscheid, Frankfurt a.M, Hamburg, Paderborn, Bielefeld, Trier, Sondershausen, Augsburg, Aachen, Oldenburg, Bremen, Stuttgart, Gießen, Leipzig, Jena, Dresden, Rügen, Mannheim, Freiburg, Gera, Gotha, Hannover, Erfurt, Grimma, Ludwigshafen, Pinneberg, Bad Nenndorf, Hildesheim, Pulheim, Wuppertal, Essen, München – um nur einen Ausschnitt zu zeigen – kamen die Nachrichten.

Zwar hat sich die Berichterstattung von vielen Meldungen einzelner Personen – wenn auch immer noch dokumentiert – über die Jahre verlagert hin zur Berichterstattung aus den Publikationen der Flüchtlingsräte, Pro Asyl, Die Linke und anderen Publikationen, wie u. a. Migazin, um nur einige zu nennen, die Gesamtsicht des Widerstandes und Protests wurde dadurch aber nicht verwischt und hat an Aktualität nicht verloren.

Die Berichterstattung hat dazu beigetragen, zwischen der verbreiteten öffentlichen Wahrnehmung und der realen Situation – besonders beim Thema Flucht und Asyl – die Tatsachen aufzuzeigen, da die Berichterstattung immer von den Akteuren direkt übermittelt wurde.

Das Verdienst der AN war damit, zum einen die unbarmherzigen Angriffe staatlicherseits und ihrer Fürsprecher zu dokumentieren und zum anderen die Formen des Widerspruchs und Widerstands dagegen zu vermitteln und damit die Vernetzung und Information dagegen untereinander zu ermöglichen.

Auch wenn die AN künftig die Aufgabe von umfassender Information und Vernetzung nicht mehr wahrnehmen werden, bleiben den Leserinnen und Lesern und den Berichterstatterinnen und Berichterstattern vielfältige Möglichkeiten diese Aufgabe wahrzunehmen, um für eine Veränderung des gesellschaftlichen Klimas und für ein solidarisches Miteinander weiter zu kämpfen.

Edith Bergmann (Förderverein Antifaschistische Nachrichten) ■

:antifaschistische nachrichten Nr. 18

g 3336 6.9.2007 23. jahrg./issn 0945-3946 1,30 €

www.antifaschistische-nachrichten.de

Mügelns Bürgermeister als Stichwortgeber der NPD

SACHSEN. Der Bürgermeister von Mügeln, Gothard Deuse (FDP) hat der „Jungen Freiheit“ ein Interview gegeben. Dazu Kerstin Köditz, Sprecherin für antifaschistische Politik der Linksfraktion im sächsischen Landtag:

„Konnte man die bisherigen öffentlichen Äußerungen des Mügelner Bürgermeister zu den rassistischen Übergriffen beim Altstadtfest noch bestenfalls als unklug bezeichnen, so sind inzwischen keinerlei Entschuldigungen für ihn mehr möglich. Es ist und bleibt ein Skandal, wenn sich ein Mandatsträger einer demokratischen Partei als Gesprächspartner einer Zeitung wie der „Jungen Freiheit“ zur Verfügung stellt, deren inhaltliche Ausrichtung sich an einem völkischen Nationalismus orientiert. Deuse vergrößert den Skandal noch dadurch, dass er sich im Interview zum Stichwortgeber der NPD macht. Er übernimmt direkt die sprachlichen Vorgaben dieser Partei, wenn er davon redet, sein Ort drohe ‚ein zweites Schnatz‘ zu werden. Die auch von der Polizei geteilte Einschätzung des pogromähnlichen Überfalls als fremdenfeindlich sei seiner Meinung nach ‚eine rechtsstaatlich mangelhafte Unreflektiertheit‘ und ein ‚Skandal‘. Er sei ‚stolz darauf, Deutscher zu sein‘. Mit diesem Interview ist Deuse als Bürgermeister untragbar geworden.

Ich sehe mit großer Sorge, dass inzwischen die extreme Rechte Mügeln für sich zu instrumentalisieren versucht. Dies geschah gestern durch einen Brief des NPD-Landesvorsitzenden an die Einwohner Mügelns, der in der Ausrichtung ähnlich ist wie die aktuellen Aussagen Deuses. Dies geschieht über diverse Neonazi-Seiten im Internet, die nach dem Überfall ein ‚Weiter so‘ fordern und erklären, Mügeln sei ‚gut gewesen‘. Für mich ist es unerträglich, dass die betroffenen und verletzten Inder dabei immer mehr in eine Täterrolle gedrängt werden. In seiner Weise ist auch Gothard Deuse an dieser Kampagne beteiligt. Das ist eines demokratischen Politikers unwürdig!“

PM Kerstin Köditz, MdL, 30.8.2007

awnfo-info@linkspartei-sachsen.de ■

Inhalt:

Der „Zug der Erinnerung“ kommt 8

Das Friedensdorf San José de Apartadó in Kolumbien und Jupp Steinbach, der Begründer des Aachener Kinderzirkus „Pinocchio“, haben den Aachener Friedenspreis 2007 erhalten. Das Friedensdorf San José de Apartadó ist einer von mittlerweile 30 Friedensgemeinden in Kolumbien. Der Aachener Kinderzirkus „Pinocchio“ ist u.a. in den ehemaligen Kriegsgebieten Bosnien, Kroatien und Serbien aufgetreten. Das Foto zeigt die Demonstration am 1.9. vor der Preisverleihung. www.arbeiterfotografie.com

Bunt statt braun

für Demokratie und Zivilcourage gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus

HANNOVER. Unter dieser Überschrift wird zu der von einem breiten Aktionsbündnis (bisher 113 aufrufende Parteien, Organisationen und Gruppen) beschlossenen Kundgebung und Demonstration gegen den Wahlkampfauftritt der NPD am 15. September in Hannover aufgerufen.

Am 23.8. trafen sich auf Einladung des DGB-Vorsitzenden Niedersachsen-Mitte 120 Menschen, um gegen das Auftreten der NPD zu beraten. „Vertreten waren alle demokratischen Parteien, einige Migrantenverbände, drei Gewerkschaften, das jüdische Leben, viele Initiativen, Organisationen und Verbände“, so der DGB.

Die Möglichkeit, so einen breiten Protest zu nutzen, um der NPD diesen Wahlkampfauftritt zu erschweren, wurde nicht erörtert. Zumindest wurde aber der Zeitplan – nach Diskussionen – so gestaltet, dass der rechtzeitige Protest vor der Halle beim Eintreffen der Veranstaltungsteilnehmer an der NPD-Kundgebung möglich ist.

Um ein möglichst breites Bündnis zu erreichen, wurde auf eindeutigere Kritik an den Inhalten der NPD verzichtet, obwohl dafür gesprochen wurde. Der Forderung, „Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen“ in den Aufruf aufzunehmen, wurde nicht entsprochen, obwohl es dafür Zustimmung gab. Die Forderung „Verbot der NPD“ wurde aufgenommen. Die Forderung der FDP und einer Vertreterin der Naumann-Stiftung, einen Passus „gegen Gewalt von rechts und links“ in den Text aufzunehmen, wurde abgelehnt.

Sehr bedauerlich ist die Tatsache, dass die unterzeichnenden Gruppen nicht auf dem Flugblatt aufgeführt sind. Sie sind auf der Internetseite des DGB (www.hannover.dgb.de) einzusehen, die öffentliche Wirksamkeit ist aber eingeschränkt.

Erfreulich die Tatsache, dass das „Fest für Demokratie“ der Stadt Hannover, das parallel zur Demonstration geplant war, wegen der Demonstration und Kundgebung auf den Nachmittag verlegt wurde.

Wie sehr dieses Treffen unter Zeitdruck stand, wird nicht nur daran deutlich, dass die inhaltliche Diskussion nur einen eingeschränkten Zeitraum hatte, sondern auch daran, dass unangefochten die Wählergemeinschaft „Wir für Hannover“ (WHF) an der Sitzung teilnehmen und auch den Aufruf unterzeichnen konnte.

Die WiFl vertritt z. B. in ihren Programm: „Bei nicht integrationswilligen Ausländern muss daher durch entsprechende Maßnahmen ein entsprechend großer Integrationsdruck erzeugt werden (Kürzung der Sozialleistungen)“ oder

Fortsetzung Seite 3

:antifaschistische nachrichten Nr. 24

g 3336 30.11.2006 22. jahrg./issn 0945-3946 1,30 €

www.antifaschistische-nachrichten.de

„Ein Cocktail aus Rassismus, Antisemitismus und Dummheit“

FRANKREICH. „Wenn der Fußball tötet“ titelt die französische Sportzeitung *L'Equipe* am vorigen Wochenende. In seinem Leitartikel wird das Blatt, aber wesentlich präziser und treffender: „Ein Mann ist tot. Ein anderer ist schwer verletzt. Ein dritter wurde angegriffen, weil er schwarz und Polizist ist. Und ein vierter wäre beinahe misshandelt worden, weil er Fan eines israelischen Clubs ist.“ Die Boulevardzeitung *Le Parisien* schreibt dazu übersetzt: „Der Cocktail aus Rassismus, Antisemitismus und Dummheit hat am Donnerstag abend einen Toten im Pare des Princes verursacht.“ Das wäre völlig richtig, wäre nicht die Ortsangabe irreführend.

Nicht in dem vorgenannten Fußballstadion, das an der Stadtgrenze zwischen Paris und dem eher mittelständisch geprägten Vorort Boulogne liegt, sondern draußen, unweit der in der Nähe gelegenen Métrostation Porte-de-Saint-Cloud spielten sich die Ereignisse ab. Jene Ereignisse, die von vielen Beobachtern jetzt als „Drama, das vorhersehbar war und irgendwann einmal kommen musste“, bezeichnet wird.

Die Ereignisse am Donnerstag abend (23. November)

Folgendes ist am Abend des vorigen Donnerstag passiert: Um 20:45 Uhr wurde das Spiel zwischen dem hauptstädtischen Fußballverein Paris-Saint Germain (PSG) und den Gastspielern von Hapoël Tel Aviv angepfiffen. Es sind vor rund 22.800 Zuschauern statt, womit das Stadion des PSG, der ein Heimspiel führte, nicht voll war. Bereits im Vorfeld war klar, dass es zu Spannungen kommen könnte. Einerseits ist allgemein bekannt, dass rechtsradikale Gruppen sich seit etwa 1987 im Pare de Princes in den Fanblöcken festgesetzt haben und dort so präsent sind wie bei keinem anderen französischen Profiverein. Zum Anderen zeichnete sich ab, dass dieses Spiel von mehreren Seiten her als identitätspolitisch aufgeladen wahrgenommen wurde. Im Stadion schälten sich drei Gruppen heraus. Auf der Südseite, in der Tribune Boulogne, mit dem Rücken zum gleichnamigen Vorort, hatte ein Publikum Aufstellung bezogen, das zumindest teilweise von Rechtsradikalen beeinflusst schien und in dem Erkennungszeichen für „Blanc-Blanc-Rouge“ zu sehen waren. Dieser Ausdruck, der eigentlich nur die Farbenkombination der französischen Nationalfahne – blau, weiß, rot – bezeichnet, ist seit den 80er Jahren durch die Anhänger des rechtsextremen Politikers Jean-Marie Le Pen zum Synonym für „nicht farbige Franzosen“ gemacht worden. Auf der anderen Seite, in den Reihen der Tribune Auteil, mit dem Rücken zum gleichnamigen Nobelstadtteil im 16. Pariser Bezirk, fand sich ein Publikum ein, das sich eher als „Black-Blanc-Beur“ profilliert. Also als eine Mischung aus „weiß, arabischstämmig, schwarz“. Die Fans des israelischen Vereins Hapoël, von denen rund 1.500 aus Tel Aviv angereist waren, sollten ursprünglich eine eigene Tribüne in der Mitte erhalten.

Da das Stadion aber nicht ausverkauft war, konnten sie zusätzliche Kontingente aus Eintrittskarten erwerben, so dass Fans mit israelischen Flaggen über das halbe Stadion verstreut saßen, zumal sich ihnen viele französische Juden zugesellt hatten. Im Laufe des Spiels wurden auf Seiten der Tribune Auteil dann auch libanesische und palästinensische Flaggen gehisst. Aus dem Block der Hapoël-Fans wurden Wurfgegenstände in Richtung der Nordtribüne geworfen, die Ordnungsdienste des Stadions griffen ein und konnten für Ruhe sorgen. Um auf sich aufmerksam zu machen und die beiden anderen Gruppen zu übertönen, fingen die Zuschauer in der Südtribüne – Tendenz „blau-weiß-rot“ – an, die Marseillaise in Überlautstärke zu schmettern. Die Ordnerdienste mussten mehrfach wegen Zeigens des Hitlergrußes einschreiten.

Im Laufe des Spiels wuchs die Frustration und Aggressivität in den Reihen der PSG-Fans an, da die Pariser Verein sich einmal mehr als unfähig erwies, sportliche Glanzleistungen zu zeigen. Die Vereinspolitik des Paris-Saint Germain ist seit einigen Monaten heftiger Kritik seitens seiner eigenen Anhänger ausgesetzt. Der PSG hat im März dieses Jahres den Besitzer gewechselt und wurde vom Fernsehsender Canal +, dem er seit 15 Jahren gehörte, an die französisch-amerikanischen Investmentfonds Walter Butler sowie Colony Capital und an die britische Geschäftsbank Morgan Stanley verkauft.

weiter auf Seite 2

Aus dem Inhalt:

Gemeinsame Fraktion der rechtsextremen Parteien im Europaparlament? 8

Am 16./17.11. tagten die Innenminister, um u.a. auch über das Bleiberecht für langjährig geduldete Flüchtlinge zu entscheiden. Hier ein Bild vom Protest vor der Konferenz. Stellungnahmen zu dem Beschluss der Innenminister ab Seite 11, Auszüge aus dem Beschluss sind auf Seite 15 dokumentiert. Foto: indymedia

Rückblick mit Ausblick: War es das …? Nein, nicht Alles und nicht für immer …

Zweiundzwanzig Jahre sind ein langer Zeitraum. Ein Zeitraum, in dem Anhänglichkeiten und liebgewonnene Gewohnheiten entstehen können, aber auch einer, in dem man inhaltlich viel dazu lernt und sich weiterentwickelt. 22 Jahre, das ist der Zeitraum, während dem der Verfasser dieser Zeilen bei den Antifaschistischen Nachrichten (AN) mitarbeitete, deren letzte Ausgabe Sie nun in den Hände halten oder die Ihr in Händen haltet.

1994 war das Jahr, in welchem Alles anfing. Damals, ja damals überbrachte man Artikel noch auf schlaffen Drei-Zoll-Disketten in eine Redaktion, e-Mail und Internet waren unbekannt. Der Autor dieser Zeilen war damals Jurastudierender an der Universität von Köln, nicht weit vom seinerzeitigen Sitz der Redaktion entfernt. Ferner war ich ebenfalls in Kölner Antifa-Kreisen aktiv. Eines Tages überbrachte ich einem, von meinem Kommen überraschten Verlagsmitarbeiter – Jörg D. – einen Bericht über eine rechte Veranstaltung, auf einer der damals in Verwendung befindlichen Disketten.

In den folgenden Monaten knüpfte ich mir – inhaltlich am Schrifttum der extremen Rechten interessiert – einige Publikationen vor, aus denen sich inhaltlich sehr viel herausholen ließ. Eine Schlüsselrolle spielten dabei Veröffentlichungen aus dem Dunstkreis der österreichischen FPÖ, die als rechtsextreme Massenpartei zu jener Zeit viel stärker verankert war als ihre deutschen Möchte-Gerne-Pendants (das waren damals vor allem die Partei ‚Die Republikaner' – REPs – sowie der ‚Bund freier Bürger', BfB, unter dem ehemaligen FDP-Mitglied Manfred Brunner).

Einer meiner längsten Artikel enthielt eine gnadenlose Inhaltsanalyse der „Jahrbücher für politische Erneuerung", die damals im Umfeld der FPÖ herausgegeben wurden. Dabei kristallisierte sich als einflussreicher Autor ein antisemitischer Ideologe heraus, der so dicht an der „authentischen" historischen Ideologie stand, dass man glauben mochte, Alfred Rosenberg im Originaltext zu lesen. Es handelte sich um einen Dozenten an einer deutschen Fachhochschule, jener von Münster, einen gewissen Werner Pfeifenberger. Die Textanalyse war gründlich, und ich wage zu behaupten, sie könnte sich auch heute noch sehen lassen. Mein größtes Bedauern liegt darin, dass es, wie erwähnt, zu jener Zeit noch kein Internet gab und der Artikel darum vor Ort (in Münster) und im beruflichen Umfeld des Naziideologen mutmaßlich keinerlei Verbreitung fand, sondern unbekannt blieb. Das hinderte Pfeifenberger nicht daran, doch noch von anderer Seite mächtig Ärger zu bekommen, vor allem dank des Einsatzes des Wiener Journalisten Karl Pfeiffer. Der braune Ideologe Pfeifenberger zog es im Frühjahr 2000 vor, sich in der Nähe von Salzburg aus 200 Meter Höhe von einem Berg zu stürzen. Zwar sagten schon die alten Römer: De mortuis nihil nisi bene („Über die Toten nur Gutes"). Aber das Beste, was sich über den Abgang dieses veritablen Naziideologen sagen ließe, wäre, dass jegliche Trauer fehl am Platz schien.

Zu dem Zeitpunkt lebte der Verfasser dieser Zeilen bereits in Paris, wohin er – planmäßig – im Rahmen seines Jurastudiums im Sommer 1995 zog. Und er blieb dort hängen, ebenfalls mehr oder weniger planmäßig. Später trieb der Autor dieser Zeilen die Juristerei weiter, bis zum bitteren Ende, also bis zum Doktor (Schwerpunkt Arbeitsrecht), zum angestellten Juristen – davon sieben Jahre bei einer NGO mit Scherpunkt Rassismusbekämpfung – und in naher Zukunft wohl zur Anwaltsniederlassung.

Auch in Frankreich machte der Verfasser dieser Zeilen nähere Bekanntschaft mit der extremen Rechten. Mein erster Artikel, vom September 1995, behandelte das jährliche Parteifest des Front National, die Fête bleu-blanc-rouge (BBR), die ab 2001 eingestellt werden musste. Der Anlass erlaubte mir zügig ein tiefes Eintauchen in die extreme Rechte, die ich über die Jahre hinaus weiterverfolgte.

22 Jahre schaffen, wie bereits erwähnt, auch Gewohnheiten. Jeder zweite Sonntag ist ein Artikel für die AN fällig – dies wurde über die Jahre hinaus Bestandteil der festen Wochenendgestaltung, auch wenn es in der Realität mitunter Montag früh („früh?", fragt die Redaktion…) wurde. Es wird in Zukunft wohl anders werden.

Doch antifaschistische Publizistik dient nicht nur der eigenen privaten Lebensgestaltung, sondern in allererster Linie einem inhaltlichen Zweck. Jener, dem die AN dienten, hat sich keineswegs erschöpft. Im Gegenteil. Im Rückblick auf die Anfänge – meine Anfänge –, also 1994, hat sich Vieles verschoben.

Seit damals ist neu, dass eine rechtsextreme Partei in Deutschland sich tatsächlich als Massenformation auf Dauer etabliert zu haben scheint, in Gestalt der AfD. Dies war damals noch nicht der Fall: Die REPs hatten ihre Erfolgswelle der Jahre 1989 bis 1992 bereits hinter sich und befanden sich im Abschwung, alsbald im Zerfall. Der BfB unter Manfred Brunner, mit einem wirtschaftsliberalen und elitär geprägten Profil und einer teilweise offenen rechtsextremen Basis, nahm in gewisser Weise die AfD vorweg, nur ohne ihren Erfolg. Der BfB kam nie über ein Dasein als Splitterpartei hinaus.

Einem von vielen Ländern droht eine autoritäre Transformation der bürgerlichen Demokratie, oder dieselbe findet bereits statt – mal gestützt auf die extreme Rechte, mal in Konkurrenz der Träger dieser Transformation zur (historischen) extremen Rechten. Viktor Orban kontrolliert Medien und Justiz, und seine konservativ-völkisch-autoritäre Regierung ließ die Stimmbevölkerung am 2. Oktober dieses Jahres an einem Plebiszit gegen Einwanderung und EU-Politik teilnehmen – das nur aufgrund zu geringer Referendumsbeteiligung kein gültiges Ergebnis hervorbrachte. Der nächste Bundespräsident in Österreich könnte Norbert Hofer (FPÖ) heißen, der nächste US-Präsident vielleicht Donald Trump. In Frankreich geht alle Welt wie selbstverständlich davon aus, dass Marine Le Pen in den zweiten Durchgang der nächsten Präsidentschaftswahl ein, und der Kandidat der Konservativen könnte Nicolas Sarkozy sein – auch wenn der wirtschaftsliberale Demokrat Alain Juppé gute Karten gegen ihn zu haben scheint –, in welchem Falle ein verbaler Wettlauf zwischen Bürgerblock und FN drohen würde.

Zu tun, liebe Genossinnen und Genossen, bleibt also wahrlich genug. Es gilt deswegen, auf keinen Fall die Notwendigkeit antifaschistischer Informationsarbeit zu vernachlässigen oder zu unterschätzen, ganz im Gegenteil. In nächster Zeit gilt es also in erster Linie, die bestehende – verbleibende – antifaschistische Publizistik zu unterstützen. Viel Arbeit wird sicherlich im Internet stattfinden.

A propos Internet: Die verbleibenden Akteurinnen und Akteure des Projekts AN seien hiermit dazu aufgerufen, sämtliche, ja wirklich sämtliche Informationen und Archive auf möglichst gut und einfach im Netz nutzbar zu machen. Nichts darf verloren gehen, bitte!

Ansonsten, guten Wind an alle Mitkämpferinnen und Mitstreiter, und lasst Euch nie unterkriegen…

Bern(h)ard Schmid
Paris, den 10. Oktober 2016 ■

Migrantencamp in Calais:
Mauerbau, Abriss ...?

Im Hinblick auf die geplante Umverteilung ab dem 17. Oktober häufen sich unterdessen rassistische Demonstrationen in mehreren Teilen Frankreichs...

Kommt sie, kommt sie nicht, die Mauer? Auch in Frankreich – wo man noch im vergangenen Jahr die stacheldrahtbewehrte Grenzsicherung im Ungarn Viktor Orbans scharf kritisierte – ist das Mauerbauen in Mode gekommen, wenn es um die Abwehr von Migranten geht[1]. Allerdings handelt es sich im vorliegenden Falle nicht darum, dieselben an der Einreise zu hindern, sondern kurioserweise an der Ausreise…

Infolge der französisch-britischen Vereinbarung von Le Touquet (2003) wurden die Grenzkontrolle des Vereinigten Königreichs auf das Südufer des Ärmelkanals vorverlagert. Dort „stauen" sich nun auf französischer Seite Migrantinnen und Migranten, deren Lebenstraum darin besteht, auf die britischen Inseln überzusetzen. Sei es aus sprachlichen Gründen oder weil sie – etwa als Abkömmlinge früherer britischer Kolonialuntertanen – Familienmitglieder und nahe Bekannte in England haben. Oder sei es, weil der neoliberal durchstrukturierte britische Arbeitsmarkt zwar schlechte Arbeits- und Lohnbedingungen bietet, aber immerhin „durchlässig" genug ist, um ihnen überhaupt Chancen auf einen Lebensunterhalt zu geben.

Unterdessen werden die Lebensbedingungen für die Geflüchteten, die in der Nähe der französischen Hafenstadt Calais in einem unter dem Namen „Jungle" bekannt gewordenen Camp leben, immer stärker erschwert. Neben den bereits bestehenden Sperranlagen und Zäunen rund um das Hafengebiet von Calais soll nunmehr bis zum Jahreswechsel 2016/17 zusätzlich eine vier Meter hohe und einen Kilometer lange Mauer errichtet werden, die mit Überwachungskameras und Scheinwerfern ausgestattet sein wird. Sie soll das Betreten der Zufahrtsstraße zum Hafengelände verhindern, weil die Migranten sich ebendort an Bord von LKWs oder Fähren zu schmuggeln versuchen[2]. Die Kosten dafür in Höhe von 2,7 Millionen Euro werden durch die britische Regierung übernommen.

Hingegen bezeichnete die konservative Bürgermeisterin von Calais, Natacha Bouchart, das mit britischen Geldern finanzierte Vorhaben als „Schandmauer"[3]. Ihr wäre es mutmaßlich lieber, überhaupt keine Migranten oder jedenfalls keinen „Schandfleck" in Gestalt des Jungle mehr in ihrer Stadt sehen zu müssen. Diesbezüglich machte sie in jüngerer Vergangenheit bereits rabiate Vorschläge, die etwa den Einsatz der Armee zum Gegenstand hatten. Nun hat die Rathauschefin kürzlich den Weiterbau der Mauer erst einmal per kommunalem Erlass verboten[4]. Die französische Zentralregierung machte jedoch kurz darauf deutlich, dass sie sich

[1] // Vgl. http://www.lemonde.fr/societe/article/2016/09/17/a-calais-la-france-a-son-tour-construit-un-mur-anti-migrants_4999328_3224.html#xtor=AL-32280270 //

[2] Vgl. http://www.lefigaro.fr/actualite-france/2016/09/07/01016-20160907ARTFIG00311-calais-un-mur-anti-intrusion-construit-par-londres-pour-empecher-les-migrants-de-passer.php

[3] Vgl. http://www.lefigaro.fr/flash-actu/2016/09/ 09/97001-20160909FILWWW00354-calais-le-mur-termine-avant-la-fin-de-l-annee.php

[4] Vgl. http://www.lefigaro.fr/flash-actu/2016/10/03/97001-20161003FILWWW00248-mur-anti-intrusions-de-migrants-a-calais-la-mairie-interdit-les-travaux.php

:antifaschistische nachrichten Nr. 2

g 3336 27.1.2011 27. jahrg./issn 0945-3946 1,50 €

www.antifaschistische-nachrichten.de

Flick-Straße bleibt

SCHWANDORF. In der oberpfälzischen Stadt Schwandorf ist der Versuch gescheitert, die Friedrich-Flick-Straße umzubenennen. Der von der SPD in den Stadtrat eingebrachte Antrag bekam mit 15 gegen 15 Stimmen keine Mehrheit. Zuvor hatten die Anwohner des Stadtteils Fronberg mehrheitlich die von der „Projektgruppe Zwangsarbeit" geforderte Umbenennung ihrer Straße abgelehnt. Der Großindustrielle Flick (1883-1972) gehörte zu den frühen Finanziers von NSDAP und SS und profitierte im großen Maßstab durch Arisierungen, Kriegsrüstung und Zwangsarbeit. Ende 1947 zu sieben Jahren Gefängnis verurteilt, wurde Flick schon im August 1950 wieder amnestiert. „Alle seine heutigen Gegner zusammengenommen, dürfte auch etliche, die das Arbeiten nicht erfunden haben, steuerten bei weitem nicht so viel für das Wiedererstarken Deutschlands nach der Katastrophe des Zweiten Weltkrieges bei wie Friedrich Flick", kommentierte die „Deutsche Nationalzeitung" des ehemaligen DVU-Chefs Gerhard Frey die Entscheidung des Schwandorfer Stadtrates. hwp ■

Sinto Zoni Weisz spricht bei Gedenkstunde im Bundestag

BERLIN. Bei der Gedenkstunde für die Opfer des Nationalsozialismus im Deutschen Bundestag am 27. Januar 2011 wird der niederländische Sinto Zoni Weisz sprechen. Zum ersten Mal hält damit ein Vertreter der Sinti und Roma die zentrale Gedenkansprache und erinnert an den NS-Völkermord an der Minderheit. Zoni Weisz überlebte als einziger seiner Familie. Seine Eltern, seine beiden Schwestern, sein neun Monate alter Bruder und viele andere Verwandte wurden von den Nazis am 19. Mai 1944 nach Auschwitz deportiert und ermordet. Nach dem Krieg wurde Zoni Weisz einer der bekanntesten Vertreter der niederländischen Blumenindustrie und engagierte sich für die Bürgerrechte der niederländischen Sinti und Roma.

Quelle: http://www.sintiundroma.de ■

Aus dem Inhalt:

Gedenken am Ramazan Arci-Platz 7

Wenn Burschenschaften feiern 9

Der Front National nach dem Parteitag:

Neue Vorsitzende, doch (ur)alte Programmatik

Reportage vom Kongress des FN in Tours

56 Jahre ist der erste Reihe mit dabei – und kein bisschen weise geworden. Am vergangenen Samstag, den 15. Januar 11 hielt Jean-Marie Le Pen im zentralfranzösischen Tours seine lange erwartete Abschiedsrede als Vorsitzender des rechtsextremen Front National (FN). Diese Funktion legte er am Sonntag nieder, um sie an seine 42-jährige Tochter Marine Le Pen zu übergeben. Ihr Vater wird im Alter von 82 Jahren zwar auch nicht aufs Altenteil gehen, sondern als zukünftiger „Ehrenvorsitzender" der von ihm gegründeten Partei „automatisches Mitglied" in allen Führungsinstanzen bleiben. Dennoch sieht er in Zukunft erstmals nicht mehr ganz vorne auf der Bühne der aktiven Politik.

Dort mischte er seit Januar 1956 mit. In jenem Monat war er, als damals jüngster Abgeordneter der Nationalversammlung, für die Liste der „Poujadisten" – einer kleinbürgerlichen Protestbewegung gegen Steuern und Sozialstaat, mit antisemitischen Untertönen – ins französische Parlament gewählt worden. Später führte er die Hardlinergruppen der nationalistischen Rechten während der Kolonialkriege, welche den Regierenden „Verrat" durch „Preisgabe" der sich befreienden Kolonien wie Algerien vorwarfen, an und bezeichnete sich um ihre Zusammenführung. Die angestrebte Bündelung der Kräfte gelang erstmals durch die Schaffung der „Nationalen Front für die französische Einheit", so lautet der volle Name des Front National, im Oktober 1972. Die wird künftig die jüngste seiner drei Töchter führen.

weiter auf Seite 5

75 Minuten lang ließ Jean-Marie Le Pen vor einem voll besetzten Saal im Kongresszentrum von Tours, der in Emotionen ob des „historischen Augenblicks" schwelgte, die Stationen seiner politischen Karriere Revue passieren. Und er benotete nichts. Überhaupt nichts. Im Gegenteil: Seine unsentimentalen Sprüche, antisemitischen Wortspiele, zu gerichtlichen Verurteilungen Anlass gebenden „Ausrutscher" verschwieg er nicht etwa. Vielmehr rief er sie wortgetreu in Erinnerung. 1987: Jean-Marie Le Pen nennt die Frage der Existenz von Gaskammern einen „Detailpunkt in der Geschichte des Zweiten Weltkriegs". 1988: Er nennt den „Durchfour-crématoire" den Namen eines jüdischstämmigen Ministers in einem Atemzug mit dem Ausdruck „Verbrennungsofen" (four-crématoire). 1996: erklärt er gegenüber einem Journalisten: „Ja, ich glaube an die Ungleichheit der Rasse."

Alle diese Stationen ruft der scheidende FN-Vorsitzende eine nach der anderen selbst in Erinnerung – um darauf zu insistieren, immer wieder sei er das Opfer von

:antifaschistische nachrichten Nr. 9

g 3336 3.5.2012 28. jahrg./issn 0945-3946 1,50 €

www.antifaschistische-nachrichten.de

Rechte Wahlkämpfer

NRW. An der Landtagswahl in NRW beteiligen sich auch wieder eine Reihe extrem rechter Gruppierungen. Die NPD und die sog. „Bürgerbewegung pro Nordrhein-Westfalen" kandidieren landesweit. Auch die „Freien Wähler", die mit Unterstützung des „Junge Freiheit"-Autors und ehemaligen BDI-Chefs Hans-Olaf Henkel in den Wahlkampf ziehen, und die neoliberale „Partei der Vernunft" kandidieren auf Landesebene. Publizistische Unterstützung erhält letztere von der einschlägig rechten Zeitschrift „eigentümlich frei", deren Herausgeber Andre Lichtschlag 2009 den „Gerhard Löwenthal-Preis" der „Jungen Freiheit" erhielt. Auf Wahlkreisebene finden sich verstreut auch Kandidaturen und Kandidaten der „Bürgerrechtsbewegung Solidarität" (Köln und Essen), von „Ab jetzt... Bündnis für Deutschland" (Rhein-Sieg-Kreis) und des revisionistischen „Bund für Gesamtdeutschland". Letzterer kandidiert nur im Oberbergischen Kreis. Dabei erhält er neuerdings Unterstützung von Akteuren der Schutzgemeinschaft „Deutsche Heimat" der Deutschen aus Russland um Johann Thießen (Hürtgenwald) und Andrej Tretter (Huttingen). Diese verfügten in der Vergangenheit über gute Verbindungen zur NPD. Im März wurden Thießen und Tretter in den Landesvorstand des „Bund für Gesamtdeutschland" in NRW gewählt. Akteure der „Schutzgemeinschaft" gehören nun auch den Vorständen des Kreis-verbände Düren und Oberbergischer Kreis an. Antifa ■

Dubiose Anlegertagung

HAMBURG. Unter dem Motto „Euro-Misere ohne Ende" findet am 1. und 2. Juni in Hamburg die „3. Hamburger Mark-Banco Anlegertagung" statt. Diese wird vom Hamburger „Institut für Austrian Asset Management" (Ifaam) in Kooperation mit der „Jungen Freiheit" durchgeführt. Als Referenten der Tagung, die auch in der „Jungen Freiheit" beworben wird, werden u.a. Fondsmanager, Vermö-

Aus dem Inhalt:

Straffreiheit für rechte Bombenbastler 3

Veranstaltung der antifaschistischen Nachrichten und RLS zum NSU-Skandal 6

Transparent der Schülerinnen des St. Adelheids Gymnasiums in Bonn beim Protest gg. den Nazi-Aufmarsch am 1. Mai 2012 in Bonn-Beuel

Frankreich:

Tendenzen nach dem ersten Durchgang der französischen Präsidentschaftswahl (22. April)

18 Prozent: So viel erhielt die extreme Rechte bislang Frankreichweit, „auf nationale Ebene", noch nie. Ihre bisherigen Rekordwerte lagen bei 16,8 % im ersten und 17,8 % im zweiten Wahlgang für Jean-Marie Le Pen, bei der Präsidentschaftswahl 2002. Allerdings konnte er damals als einer der beiden Bestqualifizierten in die Stichwahl einziehen. In diesem Jahr gelingt dies seiner Tochter Marine Le Pen nicht; die am gestrigen Sonntag als drittstärkste Bewerberin um die französische Präsidentschaft abschnitt.

Laut den amtlichen Ergebnissen des Innenministeriums erhielt Marine Le Pen 17,90 % der Stimmen. Diese Stimmenzahl umfasst sowohl das europäische Frankreich als auch die „Übersegebiete" Frankreichs, wo Le Pen unterdurchschnittlich abschnitt (8 Prozent). Die Pariser Abendzeitung „Le Monde" gibt für das „Hexagone", also Frankreich im europäischen kontinentalen Rahmen und ohne „Überseegebiete", einen Stimmenanteil der rechtsextremen Kandidatin von 18,3 % an.

Ihr Anteil entspricht in absoluten Zahlen 6,421 Millionen Stimmen. Zum Vergleich: Im April 2002 erhielt der damalige FN-Kandidat Jean-Marie Le Pen noch 16,8 % mit 4,805 Millionen Stimmen, zu denen aber noch die Wähler des rechtsextremen Konkurrenten Bruno Mégret – 2,2 % und 667 000 Stimmen – hinzugerechnet werden müssen. Und in der zweiten Runde erhielt Jean-Marie Le Pen, der damals neben Jacques Chirac in die Stichwahl einziehen konnte, in absoluten Zahlen 5,525 Millionen Stimmen und einen Anteil von 17,79 %. (Und im April 2007 – bei einer Wahl, die für die extreme Rechte schwierig war und unter ungünstigen Bedingungen stattfand – fiel Jean-Marie Le Pen auf einen prozentualen Anteil von 10,44 % und insgesamt 3,835 Millionen Stimmen.)

Gegenüber dem bisherigen Höchststand der Stimmergebnisse des Front National, dem zweiten Wahlgang der Präsidentschaftswahl von 2002, hat Marine Le Pen also fast eine Million Stimmen hinzugewonnen. In den letzten Jahren ist allerdings auch die Gesamtzahl der in die

Fortsetzung Seite 10

keineswegs an diese Verbotsverfügung seitens der Kommune zu halten gedenkt, sondern den Weiterbau anordnet[5].

Unterdessen schickt auch die französische Staatsmacht sich an, das Camp mit insgesamt rund 10 000 Insassinnen und Insassen zerstören zu wollen. „Wir müssen dieses Camp abreißen, vollständig, definitiv", tönte Frankreichs Staatspräsident François Hollande Ende September d.J. bei einem Ortsbesuch in Calais[6].

Angekündigt ist seine „Evakuierung" und sein vollständiger Abbau „vor Jahresende 2016"[7]. Gemeint ist damit der informelle, selbstorganisierte, nicht staatlich durchgeplante Teil des „Jungle"; hingegen wird das vom Staat errichtete Containerlager, mit geplanten 1500 Insassen, voraussichtlich bestehen bleiben. Zusätzlich sollen weitere 500 Personen in eigenen Camps für Frauen und Jugendlichen verbleiben – laut den Plänen der Regierung[8].

Nun heißt es ferner auch, die Evakuierung und der Abriss sollten am Montag, den 17. Oktober beginnen. Geplant ist, die Bewohnerinnen und Bewohner des abzutragenden Teils über das gesamte französische Staatsgebiet zu verteilen – auf 161 so genannte „Empfangs- und Orientierungszentren" (CAO), die auch als centres de répit bezeichnet werden, wobei répit sowohl „Aufschub" und „Atempause" als auch „Entspannung" bedeutet. Diese Zentren sollen eine Aufnahme für einen Zeitraum zwischen einem und drei Monaten bieten, um den Geflüchteten zu erlauben, sich – so jedenfalls die offizielle Sichtweise – von den Lebensbedingungen im überfüllten Camp in Calais zu erholen; vor allem aber dafür soll dieser Zeitraum dafür da sein, dass die Betreffenden sich das Vorhaben einer Überfahrt auf die britischen Inseln definitiv aus dem Kopf schlagen. Stattdessen sollen sie sich zwischen dem Stellen eines Asylantrags auf französischem Boden (dem die Überstellung in eine offizielle Asylbewerberunterkunft folgen kann, zumindest theoretisch, weil in solchen Flüchtlingsheimen in Frankreich notorischer Platzmangel herrscht) und einer „freiwilligen Ausreise" entscheiden.

Allerdings gilt es derzeit als fraglich, ob bis zum fraglichen Datum genügend Aufnahmeplätze – die Rede ist von 9000 – im gesamten französischen Staatsgebiet tatsächlich zur Verfügung stehen werden, wenn in Calais der Abriss beginnt. Der französische Défenseur des droits (DdD), eine Art Ombudsmann für die Verteidigung von Grund- und Menschenrechten – derzeit bekleidet der frühere konservative Justizminister Jacques Toubon diesen Posten – äußerte diesbezüglich bereits seine Bedenken, und drückte seine Besorgnis über das Schicksal vor allem der minderjährigen Geflüchteten im Camp aus[9].

Bereits im Herbst 2015 hat die Verteilung von ersten Migrantinnen und Migranten aus Calais auf solche CAO begonnen. In einigen Fällen stellte sich das Angebot jedoch als Falle für die Geflüchteten heraus, weil etwa in Südwestfrankreich sudanesische Flüchtlinge, die zuvor – bei ihrer Einreise in die EU – Fingerabdrücke in Italien hinterlassen hatten, prompt ihre Abschiebung nach Italien verkündet wurde. Daraufhin stockte der Zulauf zu diesen Zentren, und viele Migranten begannen zu zögern. Zwischenzeitlich scheint jedoch bei den in Calais verbliebenen Geflüchteten ein Run auf die Busse eingesetzt zu haben, um in solche CAO verbracht zu werden[10]. Allerdings handelt es sich vielen Betroffenen wahrscheinlich um eine Art Torschlusspanik; denn da gleichzeitig nun die Ankündigung eines vollständigen Abrisses des informellen Camps im Raum steht, dürften viele befürchten, nicht mehr lange in den „Genuss" eines freiwillig anzunehmenden Angebots zu kommen. Es zeichnet sich ab, dass wahrscheinlich späterhin mit einer zwangsweisen Verbringung derer, die zögern oder aber nicht von der Idee einer England-Überfahrt ablassen möchten, in andere Landesteile Frankreichs gerechnet werden muss[11].

Ein Hindernis bilden könnte dabei allerdings die feindselige Haltung zumindest mancher Regionen, deren politische Vertreter nicht wünschen, dass ihnen Migrantinnen aus Calais (laut ihrer Diktion) „aufgezwungen" werden. Das stärkste Kontingent von rund 1700 Geflüchteten aus Calais soll die Region Rhône Alpes-Auvergne aufnehmen. Deren Regionalpräsident, der konservative Hardliner und Scharfmacher Laurent Wauqiez, startete jedoch landesweite Kampagne mittels einer Petition gegen die Aufnahme von Migranten aus Calais[12]. In Reaktion auf Vorwürfe von seiner Seite sicherte Innenminister Bernard Cazeneuve zu, es werde (entgegen Wauquiez' Behauptung) eine „Abstimmung" mit örtlichen Politikern stattfinden; man ziehe „freiwillige" Kommunen für die vorübergehende Ansiedlung von Migranten vor[13].

FN und Andere: „Schafft zwei, drei, viele Brennpunkte!" Do it like a Sachsenmob...?

Erst recht mobil macht zu diesem Thema „natürlich" der rechtsextreme Front National (FN). Einer von dessen Bürgermeistern – die Partei kontrolliert insgesamt zwölf Rathäuser –, Steeve Briois im nordostfranzösischen Hénin-Beaumont, lancierte eine „Charta" unter dem Titel „Meine Kommune ohne Migranten", welcher andere Städte oder Gemeinden beitreten sollen[14]. Und die neofaschistische Partei mobilisiert an vielen Orten in Frankreich, an denen Migranten für einige Wochen untergebracht werden sollen, zu Protestdemonstrationen[15]. So kamen am Wochenende des 01./02. Oktober rund 150 bis 200 rechte Demonstranten in das 1300 Einwohner zählende Dorf Saint-Denis-de-Cabanne im weiteren Umland von Lyon[16], wo achtzig Geflüchtete vorübergehende Aufnahme finden sollen[17]. Am selben Wochenende demonstrierten mehrere hundert Menschen in Louveciennes (in der Nähe von Versailles, westlich von Paris) gegen eine geplante Unterkunft[18]. Die Initiative dazu ging von „Anwohnerkollektiven" – deren Anhänger aber z.T. auch im weiteren Umland wohnen – aus, doch sowohl der FN als auch Anhänger der identitären Bewegung nahmen vor Ort an der Demo teil. Am darauf folgenden Wochenende des 8. und 9. Oktober kam es erneut in mehreren französischen Städten zu ähnlichen Aufläufen. Im südostfranzösischen Pierrefeu-du-Var sollen laut Angaben der extremen Rechten (Webseite Riposte

5 Vgl. http://www.lemonde.fr/immigration-et-diversite/article/2016/10/03/calais-la-mairie-interdit-les-travaux-du-mur-antimigrants-mais-l-etat-passe-outre_5007554_1654200.html

6 Vgl. http://www.francetvinfo.fr/france/nord-pas-de-calais/migrants-a-calais/direct-migrants-francois-hollande-en-visite-a-calais_1842467.html#xtor=EPR-51-[direct-migrants-francois-hollande-en-visite-a-calais_1842467]-20160926-[bouton]

7 Vgl. Vgl. http://www.lci.fr/societe/demantelement-de-la-jungle-de-calais-les-directives-faites-aux-prefets2002740.html?utm_campaign=Echobox&utm_medium=Social&utm_source=Facebook#link_time=1473745442

8 Vgl. Vgl. http://france3-regions.francetvinfo.fr/nord-pas-de-calais/migrants-calais-pourquoi-le-demantelement-risque-de-ne-pas-changer-grand-chose-1085513.html

9 Vgl. http://www.20minutes.fr/lille/1937259-20161006-calais-camp-migrants-pourra-etre-evacue-17-octobre

10 Vgl. Vgl. http://information.tv5monde.com/en-continu/migrants-calais-la-dechirante-selection-pour-partir-vers-les-centres-d-accueil-128012

11 Vgl.. https://passeursdhospitalites.wordpress.com/2016/09/13/destruction-du-bidonville-de-calais-le-megaloplan-du-gouvernement/

12 Vgl. Vgl. http://www.lefigaro.fr/flash-actu/2016/09/16/97001-20160916FILWWW00197-refugies-wauquiez-contre-la-creation-de-jungles.php

13 http://www.lemonde.fr/immigration-et-diversite/article/2016/09/17/les-elus-concernes-par-l-accueil-des-migrants-de-calais-seront-consultes-disent-cazeneuve-et-cosse_4999459_1654200.html und http://www.maire-info.com/article. asp?param=19926&PARAM2=PLUS&nl=1

14 Vgl. http://www.frontnational.com/2016/09/creation-de-lassociation-des-maires-ma-commune-sans-migrants/

15 Vgl. http://www.lemonde.fr/politique/article/2016/10/04/le-front-national-multiplie-les-manifestations-contre-les-migrants_5007650_823448.html

16 vgl. http://www.liberation.fr/france/2016/10/02/a-saint-denis-de-cabanne-le-maire-veut-contenir-la-flamme-du-fn_1518491

17 Vgl. http://www.liberation.fr/france/2016/09/30/accueil-de-refugies-le-fn-seme-le-trouble-dans-un-village-de-la-loire_1516262

18 Vgl. http://www.lefigaro.fr/actualite-france/2016/10/01/01016-20161001ARTFIG00008-nouvelle-manifestation-contre-le-projet-d-un-camp-de-migrants-dans-les-yvelines.php

→

Arme Länder haben mehr als die Hälfte aller Flüchtlinge aufgenommen

Mehr als die Hälfte alle Flüchtenden weltweit wurden von zehn armen Ländern aufgenommen. Darunter ist kein einziges EU-Land. Amnesty International wirft den reichen Staaten Verantwortungslosigkeit vor.

Nur zehn vorwiegend arme Länder haben nach einem Bericht von Amnesty International mehr als die Hälfte aller Flüchtlinge weltweit aufgenommen. Unter diesen Ländern ist kein einziges EU-Mitglied und kein Staat aus der Gruppe der sieben führenden Industrieländer (G-7), wie aus dem am Dienstag veröffentlichten Report der Menschenrechtsorganisation hervorgeht. Zuflucht fanden die meisten Menschen stattdessen im Nahen Osten, Afrika, Asien und der Türkei.

Der Amnesty-Report stützt sich auf Daten der Vereinten Nationen und geht von 21 Millionen Flüchtlingen weltweit aus. Binnenvertriebene, also Flüchtlinge im eigenen Land, wurden dabei nicht berücksichtigt. Auch Asylbewerber, die noch nicht als Flüchtlinge anerkannt sind und deren Zahl in Deutschland in die Hunderttausende geht, fallen nicht darunter.

An der Spitze steht dem Report zufolge Jordanien mit 2,7 Millionen Flüchtlingen, von denen gut zwei Millionen Palästinenser seien und schon seit Jahrzehnten in dem Land lebten. Danach kommt die Türkei mit über zweieinhalb Millionen Flüchtlingen, vor allem aus Syrien. An dritter Stelle steht Pakistan (1,6 Millionen). Es folgen der Libanon, Iran, Äthiopien, Kenia, Uganda, die Demokratische Republik Kongo und der Tschad.

Amnesty: reiche Staaten verantwortungslos

Amnesty warf den wohlhabenden Staaten vor, ihrer Verantwortung nicht gerecht zu werden. Das Problem sei nicht die weltweite Zahl der Flüchtlinge, sondern die Tatsache, dass die reichen Länder nur so wenige Schutzsuchende aufnähmen, erklärte Amnesty-Generalsekretär Salil Shetty. Die Organisation rief deshalb zu einer gerechteren Verteilung auf. Diese solle sich an objektiven Eigenschaften der Aufnahmeländer orientieren.

Verdeutlicht wurde dies am Vergleich von Libanon und Neuseeland. Beide Länder hätten ungefähr dieselbe Bevölkerungszahl, das Wirtschaftswachstum und die Fläche von Neuseeland seien aber viel größer. Dennoch beherberge der Libanon mehr als 1,1 Millionen syrische Flüchtlinge, während Neuseeland nur 250 von ihnen aufgenommen habe. Würden objektive Kriterien angelegt, müsste Neuseeland 3466 Flüchtlinge aufnehmen. Auch dies sei eine „handhabbare Zahl“, erklärte Amnesty.

Quelle: www.migazin.de 05.10.2016 ■

Afghanistan: Forcierte Rückführungen

Der politische Druck auf afghanische Schutzsuchende ist in den letzten Tagen noch einmal deutlich gestiegen. In Brüssel kamen viele Staaten zur Afghanistan-Konferenz zusammen, die sich eigentlich mit der Zukunft des Landes befassen soll. Im Rahmen dessen wurde nun allerdings auch ein Papier der Europäischen Union und der Regierung Afghanistans bekannt, das am vergangenen Wochenende unterzeichnet wurde. Der „Joint Way Forward on migration issues between Afghanistan and the EU“ ist eine Vereinbarung, die den EU-Staaten die leichtere Abschiebung von afghanischen Flüchtlingen in ihre Heimat garantieren soll.

Für eine Abschiebung notwendige Reisedokumente sollen nun etwa nach Anfrage der Behörden eines EU-Mitgliedstaates innerhalb bestimmter kurzer Fristen von den afghanischen Außenvertretungen ausgestellt werden können. In dem Papier wird sogar darüber nachgedacht am Flughafen in Kabul ein eigenes Terminal für Zwecke der Rückführung einzurichten. Sicherlich wird dieses Thema auch eines der Themen auf der kommenden Innenministerkonferenz Ende November in Saarbrücken sein.

Vor dem Hintergrund der sich in dieser Vereinbarung erneut zeigenden verschärften Tonlage verweist der Flüchtlingsrat Niedersachsen erneut auf ein im März 2016 veröffentlichtes Fact-Sheet. Darin werden Hinweise gegeben, welche aufenthaltsrechtlichen Perspektiven für geduldete Afghan_innen bestehen. Gegenüber der damaligen Rechtslage ist darauf hinzuweisen, dass sich im Bereich Arbeitsmarkt weitere Veränderungen wie das Aussetzen der Vorrangprüfung sowie die Anspruchsduldung bei Ausbildung ergeben haben, von denen auch Afghan_innen aufenthaltsrechtlich profitieren könnten.

Aus Sicht des Flüchtlingsrats ist es besonders wichtig darauf hinzuweisen, dass alle Afghan_innen das Recht auf ein faires unvoreingenommenes Asylverfahren in Deutschland haben und nicht dazu gedrängt werden dürfen ihre Asylanträge zurückzunehmen. Sorge macht dabei der Blick auf die trotz unveränderter Sicherheits- und Verfolgungslage geänderte Entscheidungspraxis des BAMF, auf die der Flüchtlingsrat bereits im August 2016 hingewiesen hatte.

PRO ASYL macht die geplanten Abschiebungen nach Afghanistan im Rahmen einer breiten Kampagne zum Thema. Der Flüchtlingsrat unterstützt dies. Bei PRO ASYL finden sich auch weitere Informationen zur Entwicklung in dieser Woche.

Hintergrund:

Bis Ende August 2016 hatte das BAMF im bisherigen Kalenderjahr rund 101 000 Asylanträge von afghanischen Schutzsuchenden registriert. Viele davon waren noch im Vorjahr eingereist, wurden allerdings erst verspätet vom BAMF geladen. Im gleichen Zeitraum wurden allerdings nur rund 18 000 Entscheidungen getroffen. Zum 30.06.2016 waren beim BAMF

Laïque) 1000 Teilnehmer zusammen gekommen sein. In Montpellier kam es hingegen auch zu einer Gegendemo.

Andernorts finden jedoch auch viel gewalttätigere Formen von „Protest“ statt. So wurden in der Nacht zum Mittwoch, den 5. Oktober in Saint-Brévin, in der Nähe des westfranzösischen Nantes, vier Schüsse auf eine geplante Aufnahmeeinrichtung abgefeuert[19]. In der Nacht darauf wurde im Département Isère – dem Umland von Grenoble – ebenfalls mit scharfer Munition geschossen[20].

Eine Solidaritätsdemonstration mit den Migranten, die am Samstag, den 1. Oktober in Calais stattfinden sollte und an der NGO-Mitglieder, Linke und Migrantenkollektive auch aus dem Raum Paris teilnehmen sollte, wurde unterdessen verboten und mit allen staatlichen Mitteln behindert[21]. Vier Reisebusse aus Paris wurden in 35 Kilometern Entfernung von Calais durch starke Sicherheitskräfte aufgehalten, auf eine Autobahnraststätte umgeleitet und für drei Stunden festgesetzt. Die Teilnehmer – unter ihnen der Verf. dieser Zeilen – mussten letztendlich unverrichteter Dinge umkehren. Im Camp kam es daraufhin zu heftigen Auseinandersetzungen mit den Einsatzkräften, die insgesamt 700 Tränengasgranaten abschossen[22].

Bernard Schmid, Paris ■

19 Vgl. http://www.ouest-france.fr/pays-de-la-loire/pornic-44210/saint-brevin-coups-de-feu-sur-le-futur-centre-d-accueil-de-migrants-4538029

20 Vgl. http://www.lefigaro.fr/flash-actu/2016/10/06/97001-20161006 FILWWW00294-isere-migrants-coups-de-feu-contre-un-futur-centre-d-accueil.php

21 Vgl. http://clap33.over-blog.com/2016/10/immobilisation-des-bus-en-direction-de-calais.html

22 Vgl. http://www.lexpress.fr/actualites/1/societe/quatre-bus-pour-aller-manifester-a-calais-bloques-situation-tendue-a-la-jungle_1836556.html

noch Asylverfahren von rund 95 000 Afghan_innen anhängig und nicht von der Behörde entschieden. 2015 warteten Afghan_innen im Durchschnitt 14 Monate auf ihren Bescheid vom BAMF (Bundestagsdrucksache 18/7625).

Quelle: Flüchtlingsrat Niedersachsen 05.10.2016 ■

Tag des Flüchtlings: Brandenburg kann mehr

Der Flüchtlingsrat Brandenburg fordert zum „Tag des Flüchtlings" von der Landesregierung, dass sie mehr Schutzsuchende aufnimmt. Der Flüchtlingsrat weist darauf hin, dass Deutschland seine im September 2015 auf EU-Ebene gegebenen Übernahmezusagen für Flüchtlinge aus Italien und Griechenland bisher nicht eingehalten hat. Obwohl in beiden Ländern hunderttausende Flüchtlinge ohne Aussicht auf menschenwürdige Behandlung und faire Asylverfahren – in zahlreiche Fällen in haftähnlichen Lagern interniert – festsitzen, hat die Bundesrepublik von den zugesagten 27.500 Flüchtlingen bisher gerade mal 192 aus Griechenland und 20 aus Italien tatsächlich aufgenommen. Doch auch diese Vereinbarung ist völlig unzureichend und schließt viele Schutzsuchende von vornherein aus.

Die Möglichkeit des Familiennachzugs zu vielen in Deutschland lebenden Flüchtlingen ist faktisch nicht mehr gegeben: Seit März 2016 haben Menschen mit subsidiärem Schutz für die nächsten zwei Jahre keinen Anspruch auf Familienzusammenführung. Zugleich bekommen inzwischen etwa 70% aller syrischen Flüchtlinge nur noch subsidiären statt vollen Flüchtlingsschutz, ohne dass eine Änderung der Gefährdungslage in Syrien dies rechtfertigen könnte. Ihren Familien wird damit die legale und sichere Einreise nach Deutschland für Jahre verwehrt. In anderen Fällen wird der Nachzug von Familien auch bei rechtlichem Anspruch über zahlreiche Zugangsbeschränkungen zu den deutschen Auslandsvertretungen erschwert.

Das Land Brandenburg hat in den letzten Jahren Unterbringungsplätze geschaffen, die nun leer stehen. Statt der Schließung von Unterkünften der Erstaufnahmeeinrichtung, wie sie derzeit geplant ist, sollten bereitgestellte Plätze genutzt werden, um Menschen, die in Not sind, aufzunehmen. Die Bemühungen der Initiative Potsdam Konvoi, die sich gemeinsam mit vielen anderen bundesweiten Initiativen für eine Aufnahme von Flüchtlingen aus griechischen Flüchtlingscamps einsetzt, dokumentiert die Aufnahmebereitschaft der Menschen in Brandenburg.

Dass die Anerkennungsquoten in Deutschland sinken und weniger Flüchtlinge nach Deutschland und nach Brandenburg kommen, bedeutet nicht, dass Menschen nicht weiterhin auf der Flucht sind und ihre Situation besser geworden ist. Die Menschenrechtssituation in Syrien, Afghanistan und anderen Herkunftsländern ist nach wie vor kritisch. Schutzsuchenden müssen sichere Wege garantiert werden, um nach Europa zu kommen.

Der Flüchtlingsrat fordert, dass die Landesregierung das heute auslaufende Landesaufnahmeprogramm für syrische Flüchtlinge und für Familienangehörige syrischer Flüchtlinge verlängert und ausweitet und Kommunen, die unabhängig von den Bundes- und Landesprogrammen dazu bereit sind, Flüchtlinge aufzunehmen, aktiv unterstützt.

Quelle: Pressemitteilung Flüchtlingsrat Brandenburg 30.09.2016 ■

Aktuelle Zahlen fremdenfeindlicher Gewalt

Bis Mitte September haben Behörden bereits über 500 fremdenfeindliche Gewaltdelikte registriert. Das ist doppelt so hoch wie 2015. Grünen Politiker werfen dem Verfassungsschutz vor, Rechtsextremismus nur bruckstückhaft zu analysieren. Bei diesen Zahlen könne es nicht sein, dass es mehr islamistische Gefährder gebe als Neonazis.

Die Zahl der fremdenfeindlichen Gewaltdelikte in Deutschland bleibt hoch. Die Behörden registrierten von Januar bis Mitte September 507 rechte Gewaltdelikte, das waren nach Darstellung der Grünen-Bundestagsfraktion etwa doppelt so viel wie 2015. Das geht aus einer Antwort des Bundesinnenministeriums auf eine Anfrage der Grünen-Fraktion hervor, die dem MiGAZIN vorliegt.

Die Grünen-Fraktion nennt unter Verweis auf die Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage aus dem vergangenen Jahr eine Vergleichszahl von 247 Gewaltdelikten im Zeitraum von Januar bis Anfang November 2015. „Wir beziehen uns auf den sogenannten Oberbegriff des offiziellen ‚Themenfeldkatalogs Politische motivierte Kriminalität' des Bundeskriminalamts ‚Straftaten im Bereich der Ausländer/Asylthematik'. Und für dieses Datenfeld lassen sich im Hinblick auf die Gewaltdelikte die ungefähre Verdopplung nachweisen", erläuterte eine Sprecherin auf Anfrage. Im Bericht des Bundesamtes für den Verfassungsschutz wird die Zahl der rechtsextremistisch motivierte Gewalttaten mit fremdenfeindlichem Hintergrund für das ganze Jahr 2015 mit 918 angegeben.

Schon jetzt mehr Anschläge als 2015

Den Ministeriumszahlen zufolge gab es 2015 zudem 67 links motivierte Gewaltdelikte und 47 von Ausländern, die in der Statistik unter dem Oberbegriff „Ausländer-Asylthematik" geführt werden. Diesem werden den Angaben zufolge Straftaten zugeordnet, „bei denen infolge der Tatbegehung oder sonstigen Umständen der Tat ein erkennbarer Bezug zur Asylthematik besteht". Darunter sind für das laufende Jahr auch 78 Brandstiftungen und sieben Tötungsdelikte aufgeführt. Die meisten Fälle sind Körperverletzungen.

Die innenpolitische Sprecherin der Grünen-Bundestagsfraktion, Irene Mihalic, erklärte, die Zahlen zeigten, wie groß die Bedrohung sei, die von Neonazis ausgehe. „Die rechte Gefahr ist in höchstem Maße virulent. Schon jetzt haben wir mehr Anschläge auf Asylsuchende, Unterkünfte und Unterstützer als im gesamten Jahr 2015." Es müssten endlich größere Anstrengungen unternommen werden, entsprechende Planungen früher zu erkennen.

Mihalic: Verfassungsschutz analysiert Rechts unzureichend

Sie kritisierte, dass das Innenministerium in seiner Antwort auf die Anfrage die Zahl der sogenannten „Gefährder im Bereich der politisch motivierten Kriminalität – rechts" mit nur 20 angebe, „während im Bereich des Islamismus mehr als 520 Personen gezählt werden. Da klafft im rechten Bereich ein gewaltiges Loch zwischen der Anschlagswirklichkeit und der Zahl derer, die man real im Fokus hat", erklärte die Grünen-Politikerin: „Die Anfrage zeigt, dass der Verfassungsschutz den Rechtsextremismus nur bruchstückhaft analysiert."

Im rechtsextremistischen Spektrum habe vor dem Hintergrund der Flüchtlingsdebatte „die Widerstandsrhetorik zugenommen", schreibt das Ministerium. Das gelte auch für die „Identitäre Bewegung Deutschland", die seit kurzem vom Bundesamt für Verfassungsschutz beobachtet wird.

Quelle: www.migazin.de 26.09.2016 ■

Kalender soziale Bewegungen 2017

Der Kalender erscheint zum 8. mal. Es stellen sich vor: Antifaschistische und antimilitaristische Ereignisse und Initiativen u.a. aus Bad Nenndorf – Lüneburg – Hannover – Verden, politische KünstlerInnen wie Clara Cartoon – Günter Zint – die Kittners – dilli Dillmann – Peter Baldus, die couragierte Ilse, gewerkschaftliche Aktionen, „nackte Gewalt“ in Gorleben, die Wiege der Autonomen, Biohof Eilte und die Initiative gegen Berufsverbote. Das Kalendarium liefert Hinweise auf „unsere“ Gedenk- und Feiertage, Demos, Kulturelles, kennt den Welttoilettentag und weiß wann der letzte Kapitalist in die Südsee flieht.

Den Kalender gibt’s für 12 Euro in Bücherläden und Gewerkschaftsbüros Niedersachsens oder zu bestellen bei Geschichtswerkstatt : antifa.heidekreis@gmail.com

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73. antifanachrichten@netcologne.de,
http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Venloer Str. 440, 50825 Köln.
V.i.S.d.P.: Jörg Detjen; Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg, NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach,
H. Deilke GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse“: J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,50 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Sonderbestellungen sind möglich.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten: Annelie Buntenbach (Bündnis 90/Die Grünen); Rolf Burgard (VVN-BdA); Jörg Detjen (Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation); Martin Dietzsch; Regina Girod (VVN – Bund der Antifaschisten); Dr. Christel Hartinger (Friedenszentrum e.V., Leipzig); Hartmut-Meyer-Archiv bei der VVN – Bund der Antifaschisten NRW; Ulla Jelpke (MdB DIE LINKE); Ulrike Bach, Edith Bergmann, Christoph Cornides – Förderverein Antifaschistische Nachrichten ; Kreisvereinigung Aachen VVN-BdA; Angelo Lucifero; Kai Metzner (minuskel screen partner); Bernhard Strasdeit; Volkmar Wölk.

70. Jahrestag der VVN-BdA NRW

Im ZAKK wird gefeiert und nach vorn gesehen

Die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes, Landesvereinigung Nordrhein-Westfalen, wurde am 26. Oktober 1946 in Düsseldorf von den Delegierten der über 50000 Naziopfer des Landes gegründet. In der VVN organisierten sich Frauen und Männer, die während der Naziherrschaft verfolgt wurden, den Holocaust überlebt, Widerstand geleistet haben oder vor dem Hitlerfaschismus fliehen mussten. Seit 1971 trägt sie den Zusatznamen „Bund der Antifaschist/innen“, denn von da an konnten auch Hinterbliebene und jüngere Antifaschistinnen und Antifaschisten Mitglied werden. Diese Personengruppe stellt heute den Großteil der rund 1000 Mitglieder in unserem Bundesland. Sie wirken als „Zeugen der Zeugen“.

Auf dem VVN-Gründungskongress betonte der Ministerpräsident Rudolf Amelunxen (Zentrum) vor den Vertretern aller demokratischen Parteien, der christlichen Kirchen und anderen Religionsgemeinschaften, darunter der jüdischen: „Als ganz Deutschland ein Zuchthaus war, waren Sie diejenigen, die ihre Pflicht gegenüber dem Vaterland erfüllt haben und dafür viel Bitternis erdulden mussten. Für ihre Haltung und ihr Beispiel schuldet das deutsche Volk und ganz Europa Ihnen Dank.“

Heute gibt unsere Organisation Anstöße für die Verteidigung von Frieden und Demokratie, leistet sie Beiträge zur internationalen Solidarität, für das Erinnern an den Widerstand. Sie setzt Zeichen gegen die Versuche, die Geschichte zu verfälschen und sie zu vergessen. Wir begehen unseren 70. Jahrestag unter dem Motto: „Demokratie verwirklichen! Frieden schaffen! Nazis, Militaristen und Rassisten stoppen“.

Wir möchten hiermit einladen, an der Geburtstagsfeier und Kulturveranstaltung zum 70. Geburtstag der VVN NRW teilzunehmen.

Der 70. Jahrestag der VVN-BdA von NRW soll am 29. Oktober im Düsseldorfer ZAKK gefeiert werden. Ein ansprechendes Programm ist in Vorbereitung. Ziel ist es, viele neue Mitglieder zu gewinnen. Bitte unbedingt den Termin vormerken. Und auf www.nrw.vvn-bda.de auf dem Laufenden bleiben.

13:30 – 14:20
Ankommen

Wiedersehen. Begrüßung.

Wer möchte, kann sich die Aktivitäten der einzelnen Kreisvereinigungen anschauen.

Es gibt einen Imbiss und Getränke.

14:20 – 14:40
Unsere Geschichte

Filmclip
70 Jahre VVN-BdA NRW

14:40 – 15:10
Kulturprogramm

Orchester des Kölner Kunstsalons
Klaus, der Geiger / Salon Orchester

15:10 – 15:30
Was geht?

Die Zukunft des Antifaschismus
Es sprechen Falk Mikosch und Jochen Vogler.

15:30 – 16:00
Kulturprogramm

Andreas Weißert Schauspieler
Peter Sturm Schauspieler und Musiker

Texte und Lieder des antifaschistischen Widerstandes

16:00 – 16:30
Pause

Wer möchte, kann sich die Aktivitäten der einzelnen Kreisvereinigungen anschauen.

Es gibt einen Imbiss und Getränke.

16:30 – 17:00
Kulturprogramm

Orchester des Kölner Kunstsalons
Klaus, der Geiger / Salon Orchester

17:00 – 17:15
Grußwort

17:15 – 17:45
Kulturprogramm

IGM-Chor CHORrosion

CHORrosion
Chor der IG Metall Bochum

17:45 – 18:00
Abschluss